WEITER SO, DEUTSCHLAND
FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987

CDU

Die Zukunft

Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987

in der vom Bundesausschuß der CDU am 5. 9. 1986 beschlossenen und vom Bundesvorstand der CDU am 10. 11. 1986 endgültig festgestellten Fassung.

Inhalt

Seite

Präambel 5

Wir sichern Frieden und Freiheit 8

1. Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt 8
2. Wir vertreten die Interessen aller Deutschen 9
3. Wir wollen gute Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas 11
4. Wir wollen Abrüstung in Ost und West 11
5. Wir stärken die Bundeswehr zur Sicherung von Frieden und Freiheit 12
6. Wir werden die politische Einigung Europas vorantreiben 13
7. Wir unterstützen den Kampf gegen Armut und Hunger und sind faire Partner der Dritten Welt 15
8. Wir sichern den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, erhalten die innere Sicherheit und gewährleisten den inneren Frieden 16
9. Wir verhindern den Mißbrauch des Asylrechts und fördern die Integration von Ausländern 18

Wir gestalten einen modernen, leistungsfähigen und humanen Industriestaat 19

10. Mit der Sozialen Marktwirtschaft sichern wir den Wirtschaftsaufschwung 19

11. Wir schaffen neue Arbeitsplätze und gestalten das Arbeitsleben flexibel, familienfreundlich und beschäftigungswirksam 20

12. Wir verringern die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem 21

13. Wir stellen den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen 22

14. Wir stärken den selbständigen Mittelstand 24

15. Wir werden die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern 24

16. Wir wollen soziale Partnerschaft und lehnen Klassenkampf ab 27

17. Wir werden die soziale Sicherheit festigen und ausbauen 27

Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft 32

18. Wir schützen Natur und Umwelt und erhalten unser Land als lebenswerte Heimat 33

19. Wir sorgen für sichere, umweltschonende und preiswerte Energie 35

20. Wir fördern Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter 36

21. Wir stärken die Selbstverantwortung und alle Initiativen zur Hilfe für den Nächsten 37

22. Wir schaffen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft 38

23. Wir eröffnen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf 39

24. Wir geben der Jugend Perspektiven für die Zukunft 40

25. Wir fördern Bildung und Kultur als Grundlage menschlicher Selbstentfaltung 41

Wahlaufruf 43

Präambel

Das freiheitliche Deutschland steht vor der Wahl. In der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 geht es darum, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Kraft und Fähigkeit behält, die Zukunft zu meistern. Es geht um eine politische Richtungswahl. Es geht darum, daß die von CDU und CSU getroffenen Grundentscheidungen für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Soziale Marktwirtschaft unangetastet bleiben. Die Wähler treffen die Entscheidung darüber,

— ob CDU und CSU ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere und gute Zukunft führen können,
— oder ob unserem Land durch eine Koalition von Sozialisten und Grünen Rückschritt und Niedergang drohen.

Wahltage sind Tage der Bilanz. Die Erfolge der Regierung Helmut Kohl sind überzeugend und kommen allen Bürgern zugute. Sie ergeben sich aus dem Zusammenklang der Leistung eines tüchtigen und fleißigen Volkes und einer guten Politik. Es geht aufwärts mit unserem Land.

Das Jahr 2000 ist in Sicht. Wir haben die Voraussetzungen für eine solide und erfolgreiche Entwicklung auch in der Zukunft geschaffen. Trotz der Hinterlassenschaft der Sozialisten haben wir viel erreicht. Aber wir stehen in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über die nächste Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordern werden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß erstklassig bleiben. Sie muß auch in der Zukunft ein modernes, leistungsfähiges und soziales Industrieland bleiben, das wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt. Wir wollen keine sozialistische Zwangsgesellschaft, die den einzelnen Bürger gängelt, sondern eine menschliche Gesellschaft, die jedem Bürger Freiheit, Vielfalt der Chancen und Geborgenheit sichert.

Neben einer schweren politischen und wirtschaftlichen Erblast hatte die SPD geistige und moralische Verwirrung hinterlassen. Die SPD hatte den Wert der Geschichte und die Frage nach den Lebenszielen verdrängt, den demokratischen Grundkonsens gefährdet, den Sozialneid geschürt, die Verteidigungsbereitschaft und den Leistungswillen geschwächt, große Versprechungen gemacht und nicht gehalten.

CDU und CSU haben dem deutschen Volk gesagt, welche Werte wir haben, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind. Das Bewußtsein um die Einheit der Nation wurde gefestigt, die Lage der Familien als der wichtigsten Gemeinschaft in unserer Gesellschaft verbessert, das Leben des ungeborenen Kindes besser geschützt, die Bereitschaft zum sozialen Dienst gestärkt.

Die Politik von CDU und CSU beruht auf dem christlichen Verständnis vom

Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Es ist ethische Grundlage und Maßstab zugleich. Aus diesem Menschenbild schöpft die Union die Kraft für die Bewältigung der Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große Idee, die den Materialismus marxistischer wie kapitalistischer Prägung überwindet.

Die Deutschen spüren, daß wir auf einem guten Weg sind. Das beweist ihr Vertrauen in die Zukunft: Aus Angst ist Hoffnung geworden, aus Pessimismus Optimismus. Die Deutschen glauben wieder an ihre Leistungskraft. Die lähmenden Selbstzweifel sind überwunden. Eine neue Aufbruchstimmung in Wirtschaft und Wissenschaft hat sich durchgesetzt.

Die SPD ist keine Alternative. Die SPD ist nicht handlungs- und regierungsfähig, sie ist nicht vertrauenswürdig. In ihr streiten Sozialdemokraten, Marxisten und Rot-Grüne um den Kurs der Partei. Die SPD will die Koalition mit den Grünen, um an die Macht zu gelangen. Das wäre der Niedergang Deutschlands.

Die CDU mit Helmut Kohl und die CSU mit Franz Josef Strauß haben die Bundesrepublik Deutschland aus einer schweren innen- und außenpolitischen Krise, die SPD-geführte Bundesregierungen zu verantworten hatten, herausgeführt und einen neuen Anfang gemacht.

Die Sozialisten hatten in der Außen- und Sicherheitspolitik Mißtrauen bei unseren Partnern gesät, das Bündnis gefährdet und neutralistische Strömungen gefördert.

CDU und CSU haben für Vertrauen, Klarheit und Entschlossenheit bei der Sicherung von Frieden und Freiheit gesorgt, die Atlantische Allianz gefestigt und unsere Zugehörigkeit zur westlichen Verteidigungs- und Wertegemeinschaft bekräftigt.

Wir werden auch künftig ein verläßlicher Partner des Westens sein, den Dialog mit unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn fortführen und die Bemühungen um Abrüstung in Ost und West unterstützen.

Die Sozialisten hatten deutschlandpolitischen Stillstand herbeigeführt.

CDU und CSU haben mit ihrer Deutschlandpolitik mehr Menschen in Deutschland mehr Menschlichkeit gebracht und deutsche Rechtspositionen gewahrt.

Wir werden auch künftig am Ziel der deutschen Einheit festhalten und weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland anstreben.

Die Sozialisten hatten eine Wirtschaft in der Krise, steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsraten und drohenden Staatsbankrott hinterlassen.

CDU und CSU haben dafür gesorgt, daß die Wirtschaft wieder wächst, die Preise stabil und die Zinsen niedrig sind und der Staat wieder solide wirtschaftet.

Wir werden den Wirtschaftsaufschwung sichern, neue Arbeitsplätze schaffen, das Arbeitsleben familienfreundlich und beschäftigungswirksam gestalten und die Chancen moderner Technologien nutzen.

Die Sozialisten hatten uns zerrüttete Rentenfinanzen und eine Sozialpolitik auf Pump hinterlassen.

CDU und CSU haben die Renten gesichert, die Sozialpolitik mit der wirtschaftlichen Leistungskraft in Ein-

klang gebracht und damit das soziale Netz auf Dauer sicher gemacht.
Wir werden die soziale Sicherheit festigen und ausbauen, den besonders Bedürftigen gezielt helfen und Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter fördern.

Die Sozialisten hatten Steuern und Abgaben erhöht und damit die Leistung der Bürger bestraft.
CDU und CSU haben die Steuern gesenkt.
Wir werden die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem weiter verringern.

Die Sozialisten hatten Familien und Frauen benachteiligt.
CDU und CSU haben die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen und den Frauen neue Chancen gegeben.
Wir werden unsere Politik für die Familien fortsetzen und den Frauen neue Wege in Familie und Beruf eröffnen.

Die Sozialisten hatten in der Umweltpolitik versagt.
CDU und CSU haben dafür gesorgt, daß Luft und Wasser wieder sauberer werden; die Bundesrepublik Deutschland ist in Europa Vorreiter in der Umweltpolitik.
Wir werden auch in Zukunft unserer Verpflichtung zum Schutz von Natur und Schöpfung gerecht werden.

Die Sozialisten hatten die Agrarpolitik in die Krise und die deutschen Bauern in die Ausweglosigkeit geführt.
CDU und CSU haben in dieser schwierigen Übergangssituation den Bauern durch gezielte Maßnahmen wirksam geholfen.
Wir werden durch unsere Landwirtschaftspolitik die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern.

Die Sozialisten haben zur Schwächung des Rechtsbewußtseins beigetragen und in Fragen der inneren Sicherheit versagt.
CDU und CSU haben den freiheitlichen Rechtsstaat gesichert.
Wir werden die innere Sicherheit erhalten, alle dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen und den inneren Frieden gewährleisten.

CDU und CSU sind die einzigen wirklichen und großen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland. Frauen und Männer, junge und alte Menschen, Arbeiter und Angestellte, Bauern und Beamte, Unternehmer, Handwerker und die Angehörigen der freien Berufe — alle haben bei uns ihre selbstverständliche und sichere politische Heimat.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß. Nicht die Verursacher der Krise, sondern diejenigen, die unser Land aus der Krise geführt haben, können auch die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Vertrauen in die Zukunft gründet auf Leistung in der Gegenwart. Deshalb treten wir mit Zuversicht vor die Wählerinnen und Wähler. Wir bitten sie, uns auch am 25. Januar 1987 ihr Vertrauen zu schenken und uns die Verantwortung für die deutsche Politik wieder zu übertragen.

Wir sichern Frieden und Freiheit

1. Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik haben CDU und CSU einen neuen Anfang gemacht: Das Bündnis wurde in der Kontinuität der Außenpolitik Konrad Adenauers wieder gefestigt, die europäische Zusammenarbeit verbessert, die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit verstärkt und dadurch die Politik des Abbaus von Spannungen zwischen Ost und West sowie der beiderseitigen Abrüstung auf eine politisch und moralisch verläßliche Grundlage gestellt.

Die Außen- und Sicherheitspolitik von CDU und CSU dient dem Ziel, die Freiheit zu bewahren und den Frieden in Europa und in der Welt zu festigen. Für uns ist aktive Friedenspolitik politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht. Als geteiltes Land an der Schnittlinie von West und Ost braucht die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere Länder Freunde und Bündnispartner, die wir in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft gefunden haben. Wir gehören zur Wertegemeinschaft der westlichen Welt. Mit ihr verbindet uns eine echte Sicherheitspartnerschaft.

Dieser klare Standort, der seit Konrad Adenauer die außenpolitische Grundposition von CDU und CSU markiert, verbietet der deutschen Politik eine Rolle, in der sie sich als Makler und Vermittler zwischen den beiden Großmächten versuchen wollte. Wir stehen nicht zwischen den weltpolitischen Lagern, wir stehen im Lager der Freiheit. Fundament unserer Sicherheit sind die Nordatlantische Allianz und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die westliche Verteidigungsgemeinschaft hat in schwierigen Zeiten bewiesen, daß sie handlungsfähig ist und gegen äußeren und inneren Druck und trotz sowjetischer Drohungen ihren Auftrag zur Sicherung der Freiheit und des Friedens erfüllen kann.

Unser Ziel bleibt eine dauerhafte Friedensordnung, die sich auf Freiheit und Menschenrechte gründet. Nur eine solche Friedensordnung kann die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung Schritt für Schritt überflüssig machen. Aber solange die Sowjetunion dort, wo sie ihre Macht gefahrlos einsetzen kann, Menschenrechte verletzt und Völker unterdrückt, bildet sie eine wesentliche Ursache für die Gefährdung der Freiheit und des Friedens. Deswegen haben wir das moralische Recht und die politische Pflicht, uns gegen diese Bedrohung zu verteidigen.

Das Bündnis mit den USA ist die Grundlage unserer Sicherheit

Ohne das atlantische Bündnis wären wir der kommunistischen Weltmacht Sowjetunion ausgeliefert.

Deshalb sind die neutralistischen Tendenzen innerhalb der SPD und die bündnisfeindlichen Beschlüsse ihres grünen Wunschpartners eine Gefahr für unser Land und für die westliche Welt. Ohne die Bereitschaft der Amerikaner, für uns einzutreten, gäbe es keine freiheitliche und demokratische

Bundesrepublik Deutschland und nicht das freie Berlin.

Umgekehrt gilt: Ohne das Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zur freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie und ohne ihren Beitrag zum Bündnis mit den USA würde auch der westliche Teil Europas in die Einflußzone der Sowjetunion geraten. Daraus folgt: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland sind aufeinander angewiesen. Deshalb muß die politische und strategische Einheit des Bündnisses auch künftig erhalten bleiben.

Funktionierende und tragfähige deutsch-amerikanische Beziehungen erfordern auch, daß die Bundesrepublik Deutschland die Vereinigten Staaten in ihren Bemühungen unterstützt, weltweit der expansiven Politik der Sowjetunion entgegenzutreten.

CDU und CSU haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder gefestigt. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß genießen Vertrauen in den USA und haben die Respektierung der deutschen Interessen sichergestellt. Heute betrachten die USA uns Deutsche wieder als selbstbewußte Partner, auf die Verlaß ist und auf deren Rat gehört wird.

Wir wollen das europäische Gewicht im Bündnis stärken

Das Bündnis muß auf zwei Säulen ruhen: Amerika und Europa. Dies ist heute noch nicht der Fall, weil Europa wegen seiner fehlenden politischen Einigung militärisch und politisch noch zu schwach ist. Dem großen wirtschaftlichen Gewicht muß in Zukunft eine größere Verantwortung der Länder der Europäischen Gemeinschaft auch in der Sicherheitspolitik entsprechen. Europa muß ein gleichberechtigter Partner Amerikas sein.

Das Konzept der SPD von der „Europäisierung der Sicherheitspolitik" ist verhängnisvoll und gefährlich, weil es zu einer Abkoppelung von den USA führt. Jeder Versuch in diese Richtung wird in die politische Abhängigkeit von der Sowjetunion führen. Die hingegen von uns gewollte Stärkung des europäischen Beitrages zur Sicherheit festigt die Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern innerhalb des Bündnisses.

2. Wir vertreten die Interessen aller Deutschen

Die deutsche Frage ist offen. Sie ist mit der Erhaltung und der Gestaltung des Friedens in Europa eng verknüpft. Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage.

Unsere Deutschlandpolitik wird der nationalen und europäischen Verantwortung gerecht, die sich aus der offenen deutschen Frage ergibt. Unsere ganz besondere Solidarität gilt weiterhin jenen Deutschen, die noch 40 Jahre nach Kriegsende in Unfreiheit leben müssen. Wir wollen die menschenverachtende, vom sowjetischen Imperialismus verursachte Teilung überwinden und auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir halten fest an der Präambel des Grundgesetzes, an dem Fortbestand des Deutschen Reiches nach geltendem Völker- und Verfassungsrecht und an der gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die SPD hat diese Positionen verlassen.

Die deutschen Grenzen können endgültig erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden. Die Vier Mächte tragen weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland. Die Ostverträge

sind keine Grenzanerkennungsverträge, sie haben nichts an der völkerrechtlichen Lage Deutschlands geändert. Eine spätere gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung ist dadurch nicht gehindert, die deutschen Interessen zu vertreten.

Wir werden den erfolgreichen Weg der letzten vier Jahre fortsetzen und über das bisher Erreichte hinaus weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland anstreben. Dazu gehört vor allem, daß sich mehr Menschen als bisher begegnen können.

Wir wollen insbesondere:

— die Möglichkeiten der Begegnung für die Menschen weiter verbessern;

— den Jugendaustausch ausweiten;

— Kontakte auf kommunaler Ebene herstellen;

— durch Zusammenarbeit beim Umweltschutz gute Nachbarschaft praktizieren;

— den innerdeutschen Handel ausbauen;

— das Kulturabkommen durch vielfältigen Austausch mit Leben erfüllen;

— die wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern;

— weitere Verbesserungen für Berlin erreichen.

Wir werden darauf hinwirken, daß auch solche Mitbürger aus der DDR zu uns reisen können, die noch nicht im Rentenalter stehen.

Aus ihrer nationalen Verantwortung heraus sind die Unionsparteien jenen Deutschen, die durch Vertreibung, Flucht oder Aussiedlung ihre Heimat verlassen mußten und sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland in vorbildlicher Weise verdient gemacht haben, besonders verpflichtet. Dies gilt auch für die Deutschen, die heute noch in den kommunistisch beherrschten Ländern Mittel- und Osteuropas leben. Die besondere Förderung der Zonenrand- und Grenzgebiete bleibt eine deutschland- und europapolitische Aufgabe, solange die Teilung Deutschlands und Europas nicht überwunden ist.

Wir wollen das Bewußtsein von der Einheit der Nation aufrechterhalten. Auch in der Zukunft darf sich unser Volk nicht auseinanderleben. Nach unserer Überzeugung bleibt es im Rahmen einer nationalen Standortbestimmung eine große Aufgabe, sich mit der eigenen Geschichte zu befassen. CDU und CSU appellieren an alle Bundesländer, dem Geschichtsunterricht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Nur wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte Lehren ziehen. Auch das in Berlin geplante „Deutsche Historische Museum" und das in Bonn vorgesehene „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" dienen diesem Ziel.

Berlin als Ganzes bleibt Ausdruck des Willens der Deutschen zur Einheit der Nation. Berlin ist ein Symbol für die Verteidigung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie. Die Bindungen zwischen dem freien Berlin und der Bundesrepublik Deutschland werden wir aufrechterhalten und intensiv fortentwickeln. Deshalb werden wir auch weiterhin die Lebenskraft der Stadt stärken und ihre Anziehungskraft fördern.

3. Wir wollen gute Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas

Wir wollen friedliche Nachbarschaft. Deshalb befürworten wir konstruktive und stabile Beziehungen mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa, vor allem auch mit der Sowjetunion. Verständigungsbereitschaft und Verteidigungsbereitschaft gehören hierbei für uns zusammen.

Wir werden die Politik der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes fortsetzen. Entspannung und Dialog dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es zwischen West und Ost Grenzen der Zusammenarbeit gibt, die in der Unvereinbarkeit der Systeme, im politischen Gegensatz von Demokratie und Diktatur begründet sind.

Ziel unserer Politik des Dialoges bleibt es, die Folgen des Ost-West-Gegensatzes für die Menschen zu mildern. Wir sind bereit, den Dialog auf allen Ebenen und über alle Fragen von gemeinsamem Interesse fortzuführen.

Menschenrechte sind unteilbar

CDU und CSU treten für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts in aller Welt ein. Ohne die Achtung der Menschenrechte gibt es keinen wirklichen Frieden. Das Eintreten für die Menschenrechte bedeutet keine Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder, denn die Gültigkeit der Menschenrechte endet nicht an Ländergrenzen.

Auch im Ost-West-Dialog treten wir für die Menschenrechte ein. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Deutschen im kommunistisch beherrschten Teil Europas. Gutnachbarliche Beziehungen können auf Dauer nicht gedeihen, wenn eine Seite den Menschen in ihrem Machtbereich elementare Rechte verweigert.

4. Wir wollen Abrüstung in Ost und West

Waffen sind nicht die Ursache für politische Spannungen, sondern ihre Folge. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind am ehesten dann erreichbar, wenn sie in eine Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen eingebettet sind, die das gegenseitige Vertrauen fördert. Unser Ziel bleibt es, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Wir unterstützen alle Anstrengungen des amerikanischen Präsidenten, mit der Sowjetunion Abkommen auszuhandeln, die ein Wettrüsten verhindern, Kernwaffen drastisch verringern und die strategische Stabilität stärken.

Wir haben eigene Vorschläge für ein weltweites, umfassendes und verläßlich überprüfbares Verbot aller chemischen Waffen und für beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen sowie zum Abbau der konventionellen Rüstung in Mitteleuropa vorgelegt. Wir haben unseren aktiven Beitrag dazu geleistet, daß die Stockholmer Verhandlungen im Rahmen der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen sind.

Wir unterstützen die Verhandlungen der beiden Weltmächte über die Begrenzung und Einstellung von Nukleartests und deren Kontrolle und Überprüfung.

Wir sind für neue Wege in der Rüstungsbegrenzung

Forschungen im Bereich der Raketenabwehr sind nicht nur ethisch-moralisch erlaubt, sondern auch politisch geboten. Deshalb unterstützen wir das amerikanische Forschungsprojekt zur Abwehr von Atomraketen (SDI). Die Sowjetunion ist seit langem auf diesem Felde tätig. Das SDI-Projekt könnte es möglich machen, die derzeitige Drohung mit wechselseitiger Vernichtung durch ein defensives, nichtatomares und nicht gegen Menschen gerichtetes Abwehrsystem zu überwinden. Wer die atomare Abschreckung ablehnt, darf nicht zugleich die Suche nach einer Alternative bekämpfen. Wer beides ablehnt, die atomare Abschreckung ebenso wie ein Raketenabwehrsystem, wird nicht nur moralisch unglaubwürdig, sondern macht uns wehrlos und hilft der Sowjetunion auf dem Wege zur Weltherrschaft. Europa kann und muß in den Schutz solcher Abwehrsysteme einbezogen werden.

Die Nutzung neuartiger Verteidigungstechnologien soll uns von nuklearen Waffen unabhängiger machen, uns größere Sicherheit vor nuklearen Angriffswaffen geben und somit den Weg für Rüstungskontrollmaßnahmen ebnen, die zur Verringerung von Nuklearwaffen führen. Durch Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion könnten nukleare Waffensysteme auf beiden Seiten drastisch verringert und gleichzeitig strategische Verteidigungssysteme errichtet werden. Der Abbau nuklearer Waffensysteme muß Systeme aller Reichweiten umfassen.

CDU und CSU halten an der Strategie der flexiblen Antwort für das Bündnis fest, solange es zu diesem Konzept der Kriegsverhinderung keine wirksamere Alternative gibt.

5. Wir stärken die Bundeswehr zur Sicherung von Frieden und Freiheit

Wir leben seit über vierzig Jahren in Frieden. Dies wäre ohne die Bundeswehr nicht möglich gewesen. Als Partner in der Allianz wird sie auch in Zukunft den Frieden sichern.

Die Unionsparteien werden der Bundeswehr auch weiterhin die notwendige Unterstützung und die notwendigen Mittel geben, damit sie ihren Auftrag der Friedenssicherung erfüllen kann. Deshalb haben wir auch den Wehrdienst auf 18 Monate verlängert.

Wir wollen:

— die konventionelle Verteidigung stärken,

— die Wehrgerechtigkeit weiter erhöhen,

— die Attraktivität der soldatischen Laufbahn und die soziale Sicherung des Soldaten weiter verbessern,

— die hohe Dienstzeitbelastung abbauen und notwendige Spitzenbelastungen ausgleichen.

Wir verwirklichen Wehrgerechtigkeit

Die Lasten für die Landesverteidigung müssen gerecht verteilt werden. Wichtige Entscheidungen wurden getroffen und neue Weichen gestellt, um die Einberufung zum Wehrdienst der Lebenssituation junger Wehrpflichtiger anzupassen. Es werden:

— arbeitslose Wehrpflichtige vorrangig und Abiturienten so zeitgerecht einberufen, daß sie keine Schwierigkeiten mit dem Studienbeginn haben;

— Wehrsold und Entlassungsgeld schrittweise und spürbar weiter erhöht;

— Zeit- und Berufssoldaten mit Beratung und Unterstützung des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr der Übergang ins Zivilleben erleichtert;

— Bildungsmaßnahmen finanziert, um ausscheidenden Soldaten den Weg in eine neue berufliche Zukunft zu ebnen.

Wir stehen zum Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Die Unionsparteien haben die frühere Gewissensprüfung vor den Prüfungsausschüssen abgeschafft, ein beschleunigtes schriftliches Antragsverfahren eingeführt und dafür gesorgt, daß alle Wehrdienstverweigerer auch einberufen werden können.

6. Wir werden die politische Einigung Europas vorantreiben

CDU und CSU sehen es als ihre historische Aufgabe an, auf dem Weg der Einigung Europas energisch voranzugehen. In der Europäischen Gemeinschaft haben wir ein Modell für eine dauerhafte europäische Friedensordnung in Freiheit geschaffen. Ihr weiterer Ausbau zur politischen Union bleibt unser Ziel. Die deutsch-französische Freundschaft ist eine wichtige Voraussetzung für den europäischen Einigungsprozeß.

CDU und CSU wollen die europäische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik weiter verstärken, die Befugnisse des Europäischen Parlaments erweitern und die europäische Finanzverfassung mit dem Ziel reformieren, daß sich alle Mitgliedstaaten angemessen an der Finanzierung der EG beteiligen.

Das politische Europa muß nach föderalistischen Grundsätzen gebaut werden, die föderale Grundstruktur der Bundesrepublik Deutschland muß auch in einem geeinten Europa erhalten bleiben. Neue Gemeinschaftskompetenzen müssen dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung tragen. Die den deutschen Ländern bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen der EG zufallende Verantwortung muß gewahrt bleiben. CDU und CSU wollen ein bürgernahes Europa.

CDU und CSU werden auch künftig dafür sorgen, daß es den Mitgliedsstaaten und den deutschen Ländern weiterhin möglich sein wird, regionalen Unterschiedlichkeiten aus eigener Verantwortung Rechnung zu tragen.

Deshalb muß die Position der Länder der Bundesrepublik Deutschland bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen verbessert werden. Die Beteiligung der deutschen Länder an Entscheidungen der EG, die die Kompetenzen der Länder betreffen, muß durchgesetzt und institutionell abgesichert werden. Auf die Europäische Gemeinschaft dürfen Kompetenzen, die die verfassungsmäßigen Rechte der Länder berühren, nur übertragen werden, wenn der Bundesrat zustimmt.

Ferner werden CDU und CSU darauf hinwirken, daß weder die Zuständigkeit der deutschen Länder für das Rundfunkwesen und die Bildungspolitik noch die Autonomie der Hochschulen durch Maßnahmen der EG eingeschränkt werden. Neue Gemeinschaftskompetenzen und -regelungen in der Forschungs- und Umweltpolitik dürfen nicht dazu benutzt werden, nationale Anstrengungen durch europäische Institutionen und Finanzierungsinstrumente abzulösen. Gerade hier

muß das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt werden.

Mehr Freizügigkeit in Europa

Trotz aller Fortschritte sind die Grenzen innerhalb der EG immer noch ein Hindernis für den freien Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen. Diese Behinderungen müssen abgebaut werden, weil wir bis 1992 den europäischen Binnenmarkt vollenden wollen, der 320 Millionen Menschen umfaßt. Unser Ziel ist es, die bereits im EWG-Vertrag von 1957 verankerten vier Grundfreiheiten des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zu verwirklichen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze.

Europa hat gute Zukunftsaussichten, wenn die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zur bestimmenden ordnungspolitischen Grundlage europäischer Politik werden. Fortschritte zu mehr Gemeinsamkeit in der Wirtschaftspolitik müssen Fortschritte in der Währungspolitik zur Folge haben. Durch eine zunehmende Übereinstimmung in der Wirtschafts-, Finanz-, Währungs-, Stabilitäts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten werden die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, mehr Beschäftigung, stabile Preise und mehr soziale Sicherheit in den europäischen Ländern verbessert. Diese Zusammenarbeit muß unter Beteiligung der Institutionen der EG verstärkt und immer mehr grenzüberschreitend wirksam werden.

Wir brauchen ein Europa der Bürger, nicht der Bürokraten, ein Europa ohne Grenzpfähle und Schranken. Wichtige Fortschritte bei der Erleichterung des Grenzübergangs haben wir bereits erreicht. Die Bürger müssen die Vorteile Europas täglich erfahren. Deshalb wollen wir:

- den weiteren Abbau der Grenzkontrollen;
- den europäischen Führerschein und die Abschaffung der Autobahngebühren;
- die Verstärkung des internationalen Austauschs von Schülern, Studenten und Auszubildenden;
- die Anerkennung europäischer Bildungsabschlüsse und Berufsbildungswege ohne Verlust des deutschen Leistungsniveaus;
- die Intensivierung der währungspolitischen Zusammenarbeit und die Stärkung des europäischen Währungssystems;
- die Harmonisierung der indirekten Steuern;
- die Vereinheitlichung der europäischen Industrienormen;
- die engere Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit und bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Europäischer Umweltschutz

Umweltverschmutzung macht nicht an den Grenzen halt. Deshalb ist Umweltschutz eine europäische Aufgabe. Mit der Entscheidung, ab 1986 bleifreies Benzin einzuführen und die Grenzwerte für Schadstoffe in den Autoabgasen erheblich zu verringern, hat die Bundesrepublik Deutschland die Führung in der europäischen Umweltpolitik übernommen. Die Unionsparteien werden hier auch künftig Vorreiter sein.

Die Bekämpfung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung bleibt für CDU und CSU eine vorrangige Auf-

gabe ihrer Europapolitik. Eine gemeinsame Umweltpolitik darf nicht zu einer Verschlechterung, sondern muß zu einer Verbesserung der Umweltqualität führen, weshalb die jeweils strengeren Umweltvorschriften allgemeine Norm werden müssen.

Europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft

Die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft ist Voraussetzung für die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, für die Vollendung des Binnenmarktes und die Weiterentwicklung der Politischen Union. CDU und CSU befürworten die Erleichterung des Austausches von Forschungsergebnissen und die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung sowie den Aufbau eines europäischen Informations- und Datennetzes, das den Zugriff für die Forschung jederzeit und an jedem Ort in der EG garantiert.

Für die gemeinschaftliche Forschung kommen vor allem Ziele und Projekte in Betracht, die im nationalen Alleingang nicht erreicht werden können, die die finanziellen Möglichkeiten eines einzelnen Landes übersteigen oder — wie im Bereich des Umweltschutzes — grenzüberschreitendes Handeln erfordern.

Die gemeinsame europäische Entwicklung ziviler Hochtechnologieprojekte im Rahmen von Eureka ist ein Fortschritt. Durch Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung kann Europa wissenschaftliche Spitzenleistungen erbringen und konkurrenzfähige Produkte — wie z. B. die Trägerrakete „Ariane" und das Passagierflugzeug „Airbus" — auf dem Weltmarkt anbieten. Dies gilt auch für die Weltraumtechnik.

CDU und CSU halten es für notwendig, durch eine Kooperation der nationalen Fernsehanbieter ein europäisches Fernsehprogramm zu schaffen. Da grenzüberschreitende Fernsehsendungen immer selbstverständlicher werden, ist die Erarbeitung einer europäischen Fernsehrahmenordung, die u.a. Fragen der Werbung, des Jugendschutzes und der Autorenrechte regelt, erforderlich.

7. Wir unterstützen den Kampf gegen Armut und Hunger und sind faire Partner der Dritten Welt

Die Erde wächst zusammen im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten. Deshalb sind wir aufgerufen, mitzuhelfen im Kampf gegen Armut und Hunger. Entwicklungspolitik soll keine neuen Abhängigkeiten schaffen. Deshalb gilt für uns der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Entwicklungshilfe muß den Menschen zugute kommen. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft gilt auch für den Bereich der Entwicklungspolitik, weil nur so die kostengünstige Produktion von Gütern und Dienstleistungen erhöht und leistungsfähige Systeme sozialer Sicherheit geschaffen werden können.

Die Solidarität mit den Armen der Dritten Welt ist nicht allein Aufgabe des Staates. Wir begrüßen und unterstützen daher die großen Leistungen der Kirchen und privaten Träger in der Entwicklungspolitik. Private Unternehmen müssen die staatliche Entwicklungshilfe ergänzen. Gerade durch die Einbeziehung der privaten Wirtschaft besteht eine Chance, neue Akzente in der Entwicklungszusammenarbeit zu setzen. Besonders für

junge Menschen sehen wir in der tätigen Hilfe für die Dritte Welt eine sinnvolle und verpflichtende Aufgabe.

Wir unterstützen mit unserer Entwicklungspolitik den Kampf gegen Armut und Hunger in der Welt und tragen zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Stabilität bei. Dritte-Welt-Politik dient dem Frieden durch gerechten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd. CDU und CSU achten dabei das Recht der Staaten der Dritten Welt auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Aus diesem Grunde müssen wir auf die Herausforderung der sowjetischen Politik in der Dritten Welt reagieren, die Unruhen und politische Instabilität herbeiführt, fördert und dazu benutzt, um den eigenen Einfluß auszuweiten. Die imperialistische und neokolonialistische Politik der Sowjetunion ist sowohl gegen die Interessen der Entwicklungsländer als auch gegen die des Westens gerichtet.

Die Beachtung der Menschenrechte ist Grundbedingung jeder menschenwürdigen Ordnung. Wir treten daher für Menschenrechte überall in der Welt ein. CDU und CSU unterstützen insbesondere diejenigen Gruppen und Regierungen der Dritten Welt, die sich zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet haben. Wir wollen allen Menschen in den Ländern der Dritten Welt helfen, eine menschenwürdige Existenz in einer von ihnen selbst gewählten, ihren kulturellen Traditionen gemäßen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zu finden. Darin liegt auch eine besondere Aufgabe und Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft.

Die Verschuldung der Länder der Dritten Welt ist ein zentrales Problem der Entwicklungspolitik. Wir wollen daher die wichtigsten internationalen Organisationen der Entwicklungspolitik, wie zum Beispiel die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken, durch eine weitere Kapitalzuführung stärken. Wir befürworten die Programme, die den ärmsten Ländern durch zinslose oder besonders zinsgünstige Kredite helfen.

Unsere Entwicklungspolitik berücksichtigt auch die legitimen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklungshilfe, die unser Land leistet, hat auch positive Auswirkungen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden dafür sorgen, daß deutsche Entwicklungshilfe nicht die Feinde der Freiheit stützt oder deutschen Interessen zuwiderläuft.

8. Wir sichern den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, erhalten die innere Sicherheit und gewährleisten den inneren Frieden

Den demokratischen Rechtsstaat zu bewahren und zu stärken ist für CDU und CSU Ziel und Maßstab aller Rechts- und Innenpolitik. Der demokratische Rechtsstaat ist höchstes Gemeinschaftsgut. Nur im demokratischen Rechtsstaat können wir solidarisch handeln, um Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu erreichen. Die repräsentative parlamentarische Demokratie ist ohne funktionierenden Rechtsstaat nicht möglich.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst und ein funktionsfähiges Berufsbeamtentum sind für unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat unverzichtbar. Deshalb halten CDU und CSU an der verfassungsrechtlichen Garantie des Berufsbeamtentums durch Artikel 33 des Grundgesetzes fest.

Zum Selbstverständnis und zur Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates gehört auch, daß der Staat sich auf die Loyalität seiner Beamten verlassen kann. Verfassungsfeinde haben deshalb im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander verbindet. CDU und CSU erteilen deshalb allen Kräften eine Absage, die die repräsentative parlamentarische Demokratie durch sogenannte basisdemokratische Bewegungen verdrängen wollen.

Unser Staat ist die Gemeinschaft freier und füreinander verantwortlicher Bürger. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die Menschenwürde und die unveräußerlichen Grundrechte.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden und keine soziale Gerechtigkeit, deren Sicherung zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört. Der Sozialstaat setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt und Gesetzesbrecher nicht zur Verantwortung zieht, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

Die innere Sicherheit wird derzeit in erster Linie gefährdet durch die erschreckende Zunahme terroristischer Gewaltverbrechen und durch den Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit durch militante Gewalttäter zum Kampf gegen den Staat und seine Institutionen. CDU und CSU werden alle Anstrengungen unternehmen, um dieser gefährlichen Entwicklung rechtzeitig und mit Nachdruck entgegenzutreten. Der Staat darf nicht vor kriminellen Gewalttätern zurückweichen. Er hat die Aufgabe, Recht und Sicherheit aller Bürger zu schützen. Zur wirksamen Bekämpfung dieser politisch motivierten Gewaltkriminalität müssen alle bestehenden Möglichkeiten, insbesondere auch die der internationalen Zusammenarbeit, intensiv genutzt werden. Darüber hinaus ist jedoch auch die Schaffung verbesserter Rechtsgrundlagen dringend erforderlich. Das im Grundgesetz verankerte Demonstrationsrecht muß gegen Mißbrauch geschützt werden. CDU und CSU wollen deshalb, daß

- jeder bestraft wird, der sich bei gewalttätigen Ausschreitungen nach Aufforderung durch die Polizei nicht entfernt,
- jeder bestraft wird, der vermummt oder mit Schutzwaffen ausgerüstet Menschenansammlungen aufsucht,
- jeder bestraft wird, der zu Gewalttätigkeiten oder zur Verletzung der Gesetze auffordert,
- jeder des Landfriedensbruchs Beschuldigte in Untersuchungshaft zu nehmen ist, solange Wiederholungsgefahr besteht.

Die Behörden der inneren Sicherheit müssen die Rechtsgrundlagen erhalten, die ihre Arbeit gewährleisten und nicht blockieren. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz muß so geregelt werden, wie es die innere Sicherheit erfordert.

Verbrechensbekämpfung und Datenschutz schließen sich nicht aus. Beide sichern die Freiheit der Bürger. Aber

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

Der Jugendschutz darf keine erkennbaren Umgehungsmöglichkeiten aufweisen. Das Verbot, jugendgefährdende Videokassetten zu verleihen, muß lückenlos sein.

9. Wir verhindern den Mißbrauch des Asylrechts und fördern die Integration von Ausländern

Wir wollen den bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen eine angemessene Teilhabe an unserem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Unsere Politik hat zu wichtigen Integrationsfortschritten beigetragen.

Voraussetzung für die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik ist, daß die Zahl der Ausländer nicht weiter zunimmt. Unsere konsequente Politik der Zuzugsbegrenzung und die Förderung der freiwilligen Rückkehr haben wesentlich zu einem Rückgang der Ausländer beigetragen. Wir werden die Hilfen zur Wiedereingliederung von Ausländern in die Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Heimat weiterführen.

Wir halten an der Politik der Zuzugsbegrenzung fest. Eine Lockerung des Anwerbestopps und eine Erleichterung des Familiennachzugs lehnen wir ab. Eine zusätzliche Belastung unseres Arbeitsmarktes als Folge der Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei lehnen wir ab.

Wir werden die Angebote zur Integration für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, die auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen, fortführen. Entschieden wenden wir uns gegen ausländerfeindliche und ausländerdiskriminierende Haltungen und Praktiken.

Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist unantastbar. Um dieses Recht auch für die Zukunft zu sichern, muß sein Mißbrauch verhindert werden. Der Artikel 16 des Grundgesetzes soll deshalb durch einen Gesetzesvorbehalt ergänzt werden, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht, das die Wahrnehmung des Asylrechts auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt. Im Interesse der Asylbewerber wie im deutschen Interesse werden wir das Anerkennungsverfahren so gestalten, daß auch über Einsprüche im Asylverfahren im Normalfall innerhalb eines Jahres rechtskräftig entschieden wird.

Wir gestalten einen modernen, leistungsfähigen und humanen Industriestaat

10. Mit der Sozialen Marktwirtschaft sichern wir den Wirtschaftsaufschwung

Der wirtschaftliche Aufschwung wäre ohne den Fleiß und die gemeinsame Anstrengung aller Bürgerinnen und Bürger nicht möglich gewesen. Mit unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik haben wir die Leistungsfähigkeit aller Bürger wieder gestärkt und die soziale Sicherung verbessert. Wir haben die Inflation, diesen lautlosen Diebstahl an dem Einkommen und dem Geldvermögen unserer Bürger, überwunden. Zum ersten Mal seit 16 Jahren steht die Bundesrepublik Deutschland wieder weltweit an der Spitze der Geldwertstabilität. 1986 werden wir eine Preissteigerungsrate von fast Null haben. Das ist die niedrigste Preisteigerungsrate seit 32 Jahren.

Die staatlichen Finanzen kommen wieder in Ordnung. Die Neuverschuldung des Staates geht zurück. Die Zinsen sinken. Das Vertrauen des Auslandes in die Leistungskraft unseres Landes steigt. Der Wert der Deutschen Mark nimmt wieder zu. Das sind vor allem Wirkungen unserer Finanzpolitik, die gleichzeitig eine Steuersenkung in Höhe von 20 Milliarden Mark in zwei Abschnitten ermöglicht hat. Heute haben die Bürger seit Jahren zum ersten Mal nicht weniger, sondern mehr in der Tasche und können mit ihrem Geld wieder mehr kaufen als in den Jahren zuvor.

Die privaten Investitionen steigen mit hohen Zuwachsraten. Die öffentlichen Investitionen nehmen wieder zu. Unser Land gewinnt in Wissenschaft, Forschung und Technik erneut eine internationale Spitzenstellung. Nie zuvor waren die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft so groß. Das Ausland spricht von einem „zweiten deutschen Wirtschaftswunder", von einem „Modell Deutschland".

Nicht alle Probleme sind gelöst, aber die Trendwende ist erreicht: steigende Investitionen, sinkende Arbeitslosenzahlen, mehr Arbeitsplätze, steigende Realeinkommen, stabile Preise, niedrige Zinsen, Begrenzung der staatlichen Ausgaben und Schulden, weniger Steuern.

Wir wollen wirtschaftlichen Aufschwung auf Dauer. Deshalb bleiben stabiler Geldwert, niedrige Zinsen und steigende öffentliche wie private Investitionen für zukunftssichere Dauerarbeitsplätze vorrangige Ziele unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wir werden die gefährlich überhöhte Steuer- und Abgabenquote zurückführen. Die Stabilisierung und Senkung der Lohnnebenkosten ist deshalb ebenso wichtig wie die weitere Senkung der Steuern. Durch eine niedrigere Steuer- und Abgabenlast gewinnen wir den Spielraum für die bessere Anerkennung beruflicher Leistung und privater Initiative in Wirtschaft und Gesellschaft, für anhaltend hohe Investitionen in unserer Volkswirtschaft. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Eindämmung der Schwarzarbeit. Nur so können wir angesichts eines härteren internationalen Wettbewerbs die Modernisierung unserer Volkswirtschaft erfolgreich fort-

führen und schrittweise wieder einen hohen Beschäftigungsstand erreichen.

Dies erfordert weiterhin eine zurückhaltende Ausgabengestaltung in den öffentlichen Haushalten und eine Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge.

Wir wollen entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 dem bundesstaatlichen Finanzausgleich wieder eine stabile Grundlage geben; dies kann nur durch einen gerechten Interessenausgleich gelingen, der den Notwendigkeiten sowohl der Flächen- wie der Stadtstaaten ausgewogen Rechnung trägt.

Das Prinzip der Subsidiarität muß auch im Verhältnis von Bund und Ländern gelten. Wir treten deshalb weiterhin für eine Entflechtung entbehrlich gewordener Mischfinanzierungen bei angemessenem finanziellen Ausgleich ein.

11. Wir schaffen neue Arbeitsplätze und gestalten das Arbeitsleben flexibel, familienfreundlich und beschäftigungswirksam

1984 hat erstmals seit vielen Jahren die Zahl der Beschäftigten wieder zugenommen. Ende 1986 werden rund eine halbe Million mehr Menschen Arbeit haben. Wir haben den Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gebracht. Die Kurzarbeit in Millionenhöhe ist praktisch verschwunden.

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit bleibt auch in den kommenden Jahren eine große Herausforderung. Dieses Ziel ist nur durch eine konsequente Fortsetzung unserer Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik zu erreichen. Wir lehnen daher kredit- oder abgabenfinanzierte sogenannte Beschäftigungsprogramme mit Strohfeuereffekt ab. Dieser Weg der SPD führt — wie die Erfahrung lehrt — nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen und zu mehr Schulden.

Grundlage unserer Politik für mehr Beschäftigung ist die Soziale Marktwirtschaft. Neben mehr Investitionen, wirtschaftlichem Wachstum und der Anwendung moderner Technologien ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik wichtig. Keine Bundesregierung hat je zuvor auf diesem Gebiet mehr geleistet: Vorruhestand, Rückkehrförderung für ausländische Arbeitnehmer, eine erhebliche Steigerung der Maßnahmen zur beruflichen Bildung und zur Arbeitsbeschaffung sowie das Beschäftigungsförderungsgesetz sind wichtige Beispiele. Daneben haben wir die Situation von längerfristig Arbeitslosen verbessert.

Berufliche Bildung und Weiterbildung sind die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeitnehmer den neuen Anforderungen am Arbeitsplatz gerecht werden. Wir wollen ältere und längerfristig Arbeitslose verstärkt in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen einbeziehen, um ihnen dadurch bessere Chancen zur Wiedereingliederung in den Erwerbsprozeß zu geben und den Facharbeitermangel zu beseitigen. Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft können nicht auf die wertvolle berufliche und menschliche Erfahrung älterer Arbeitnehmer verzichten.

Für das von der Bundesregierung begonnene Qualifizierungsprogramm brauchen wir die Bereitschaft der Betroffenen und die Mitarbeit der Unternehmen, Betriebsräte und Tarifpartner. Dabei werden wir die besonderen Bedürfnisse von Klein- und Mittelbetrieben, von Handwerk und Handel berücksichtigen.

Um den Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem zu erleichtern, müssen wir jungen Menschen, insbesondere auch arbeitslosen Akademikern, in engem Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat Angebote zur Weiterqualifizierung und Umschulung machen. Die Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen wollen wir auch künftig fördern.

Immer mehr Menschen wollen Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Viele Menschen wollen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Der technische und kulturelle Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Beginn der Industrialisierung die Möglichkeit, den Übergang zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit flexibler und individueller zu gestalten. Dies kommt den Bedürfnissen vieler Arbeitnehmer entgegen, hat wirtschaftliche Vorteile für die Betriebe und erleichtert es, Überstunden zu vermeiden, so daß zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden können.

Wir haben gesetzliche Hindernisse für mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze beseitigt: Teilzeitarbeit wurde arbeitsrechtlich gesichert und gleichzeitig erleichtert, ebenso der Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen für Arbeitslose; überholte ausbildungshemmende Vorschriften haben wir aufgehoben. Die Tarifpartner sind aufgefordert, die bestehenden Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeit zu nutzen. Flexibilisierung darf nicht zum Verlust von sozialem Schutz führen.

Wir werden dafür sorgen, daß das Arbeitsrecht mehr Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse der Frauen mit Kindern nimmt. Bei der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen kommt dem öffentlichen Dienst eine Schrittmacherfunktion zu.

12. Wir verringern die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem

Für die Mehrzahl der Bürger ist das Steuersystem so kompliziert, daß es nicht mehr überschaubar ist. Als Folge der sozialistischen Wirtschafts- und Steuerpolitik in den 70er Jahren ist die Mehrzahl der Berufstätigen in den Bereich der scharf ansteigenden progressiven Besteuerung geraten, die gerade für die unteren und mittleren Einkommensgruppen ursprünglich nicht vorgesehen war. Berufliche Leistung und unternehmerisches Risiko werden dadurch nicht mehr ausreichend belohnt, sondern steuerlich bestraft.

Mit der verabschiedeten Steuerreform, deren erste Stufe 1986 bereits realisiert worden ist und deren zweite 1988 in Kraft treten wird, haben CDU und CSU einen wichtigen Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit und geringerer Steuerbelastung für alle gemacht. Eine grundlegende Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode wird folgen:

— Wir werden ein einfacheres Steuersystem mit geringeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen und Begünstigungen verwirklichen.

— Wir werden einen durchgehenden linear-progressiven Einkommensteuertarif einführen, um die unerträglich hohe Grenzbelastung für die große Mehrzahl der arbeitenden Menschen zu verringern. Zugunsten der kleinen Einkommen, insbesondere in der unteren Proportionalzone, muß vor allem der Grundfreibetrag erhöht werden.

— Wir werden die Kinderfreibeträge weiter anheben, um der erheblichen Mehrbelastung der Familien gerecht zu werden. Entsprechend wird der Kindergeldzuschlag angehoben. Eltern mit Kindern sollen erheblich weniger Steuern zahlen.

— Wir werden die im internationalen Vergleich zu hohe Besteuerung der Unternehmen weiter verringern. Der linear-progressive Tarif führt auch zu einer nachhaltigen Entlastung für den Mittelstand. Die Eigenkapitalkraft der Unternehmen soll gestärkt werden insbesondere durch die Senkung der Steuersätze bei der Einkommensteuer sowie bei der Körperschaftssteuer für einbehaltene Gewinne, wobei vor allem die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen und Handwerksbetriebe berücksichtigt werden muß. Auch im Interesse von mehr Arbeitsplätzen muß es attraktiver werden, Kapital in das eigene oder in ein anderes Unternehmen zu investieren, als in risikolose Geldanlagen auszuweichen. Die direkten Steuern auf Arbeit und unternehmerische Tätigkeit sollen zurückgeführt werden.

Ein weiteres Ziel ist der Abbau der ertragsunabhängigen Bestandteile der Gewerbesteuer, wobei die Finanzkraft der Gemeinden gewährleistet bleiben muß. Eine Wertschöpfungssteuer oder die von der SPD geforderte Verschärfung der Gewerbesteuer lehnen wir ab.

Zur Finanzierung der Steuerentlastungen setzen wir auf die Fortsetzung unserer Politik der Haushaltskonsolidierung und auf Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei den Staatsausgaben.

13. Wir stellen den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Industrieland, dessen Weltgeltung vom Export abhängt. Wirtschaftskraft, Wohlstand und soziale Sicherheit hängen davon ab, ob die Bundesrepublik Deutschland auch in der Zukunft technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt in Konkurrenz vor allem zu den USA und Japan absetzt. Wer den technischen Fortschritt ablehnt, vernichtet bestehende Arbeitsplätze und kann keine neuen schaffen.

Moderne Technologien ermöglichen wirksamen Umweltschutz, sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen, humane Arbeitsbedingungen und neuartige Hilfen für Behinderte und ältere Menschen.

Mit der Förderung von Forschung und Technik hat die Bundesregierung die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig gestärkt.

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Nachdem die schlimmsten Auswirkungen einer technikfeindlichen Politik der SPD in den 70er Jahren, die der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf wichtigen Wachstumsmärkten schweren Schaden zugefügt hat, beseitigt sind, gilt es nun, in großem Umfang Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und durchzuführen. Daher werden wir die Grundlagenforschung und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter ausbauen und die Vorsorgeforschung intensivieren.
Die steuerlichen Rahmenbedingungen für betriebliche Innovationen und Investitionen müssen im Rahmen einer

grundlegenden Steuerreform weiter verbessert werden.

Moderne Infrastrukturen — leistungsfähige Forschungseinrichtungen, praxisnahe Beratungs- und Technologietransfersysteme, moderne Informations- und Kommunikationsnetze — müssen ausgebaut werden; auf strukturschwache Regionen ist hierbei besondere Rücksicht zu nehmen.

Ethische Herausforderung

Der technische Fortschritt ist für uns nicht nur eine politische und wirtschaftliche, sondern auch eine ethische Herausforderung. Es gilt, eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation zu begründen, die glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheiden liefert.

In der Vergangenheit wurden die Lebensbedingungen der Menschen durch Wissenschaft und Technik wesentlich verbessert. Zu ihrer Weiterentwicklung gibt es keine Alternative. Sie gehört heute zu den unerläßlichen Voraussetzungen, die das Überleben der Menschheit ermöglichen.

Wer wissenschaftliche Erkenntnisse und Technik gebrauchen will, muß zwischen Nutzen und Risiken abwägen. Dabei wissen wir, daß alle menschliche Erkenntnis Risiken nicht vollständig ausschließen kann. Gerade darin liegt die besondere Herausforderung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Technik. Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, ist unter humanen Gesichtspunkten wünschenswert oder ethisch vertretbar.

Beim Umgang mit Wissenschaft und Technik orientieren sich CDU und CSU an drei ethischen Prinzipien: Wahrung der Würde des Menschen, Verantwortung für die Natur und Verpflichtung gegenüber den künftigen Generationen.

Die Würde des Menschen gebietet, für ein Leben in Frieden und Freiheit, ohne Hunger und Not, in einer intakten Natur und in einer Gesellschaft einzutreten, die ein Leben in verantworteter Freiheit ermöglicht. Wissenschaft und Technik erhalten ihre ethische Rechtfertigung, sofern sie der Verwirklichung dieser Güter und Ziele dienen.

Deshalb darf die Würde des Menschen durch gentechnologische Experimente mit menschlichem Leben nicht verletzt werden. Der Mensch darf nicht zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt werden.

Die Natur ist Schöpfung Gottes. Die Ehrfurcht vor ihr verpflichtet uns, der heutigen und den nachfolgenden Generationen die Schönheit und die Vielfalt der Natur als eine wesentliche Grundlage eines menschenwürdigen Daseins zu erhalten.

Der Einsatz neuer Technologien und Eingriffe in die Natur müssen gegenüber Kindern und Kindeskindern verantwortet werden. Deshalb darf die gegenwärtige Generation nicht die Lebensgrundlagen künftiger Generationen gefährden oder zerstören.

Verantwortung für die Zukunft bedeutet auch, für die Zukunft vorzusorgen. Was wir heute für Wissenschaft und Forschung ausgeben, investieren wir in unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder. Forschung heute bedeutet neue Technologien und neue Lösungsmöglichkeiten morgen im Kampf gegen regionale Nahrungsmittelknappheit, für besseren Umweltschutz, für die Bekämpfung von

heute noch unheilbaren Krankheiten, von Arbeitslosigkeit und Armut.

14. Wir stärken den selbständigen Mittelstand

Mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Kleine und mittelständische Unternehmen passen sich strukturellen Veränderungen schneller an und besitzen ein hohes Maß an Innovationskraft. Gerade kleine und mittlere Unternehmen gewährleisten, daß Arbeitsplätze in der Nähe des Wohnortes angeboten werden und die Menschen Arbeit in ihrer Heimat finden. In überschaubaren kleinen und mittleren Betrieben können die Mitarbeiter besonders gut zusammenarbeiten. Unsere Steuerpolitik und eine verbesserte Kapitalmarktfinanzierung werden die Eigenkapitalkraft mittelständischer Betriebe stärken. Dem dient auch unser neues Unternehmensbeteiligungsgesetz.

Die von den Unionparteien geschaffenen und ausgebauten Förderungsprogramme für Selbständige haben eine Existenzgründungswelle ausgelöst und damit zum Wirtschaftsaufschwung beigetragen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir werden diese bewährten Förderprogramme in der kommenden Legislaturperiode weiterführen und noch wirksamer gestalten.

Freie Berufe sind ein Wesenselement der freiheitlichen Gesellschaft. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Qualitätsstandards für die Berufsausübung gewahrt bleiben. Die freien Berufe dürfen bei der Eigenvorsorge für Alter und Krankheit nicht benachteiligt werden. Wir lehnen eine Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer ab.

Die Wettbewerbsordnung ist der Kern einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung für funktionierenden Wettbewerb. Eine ausgewogene Unternehmensstruktur, in der Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen in einem fairen Leistungswettbewerb stehen, ist die Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und im Bereich der Fusionskontrolle und des Leistungswettbewerbs verbessert werden. Durch eine Verbesserung der Kriterien der Fusionskontrolle soll dem weiteren Konzentrationsprozeß, insbesondere im Handel, Einhalt geboten werden. Das Instrumentarium der Mißbrauchskontrolle gegenüber marktstarken Unternehmen muß wirksamer gestaltet werden.

Bei der Bewertung von Unternehmensgrößen muß aber berücksichtigt werden, daß Großunternehmen nicht nur auf dem deutschen, sondern auf den Märkten Europas und der ganzen Welt tätig sind.

15. Wir werden die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern

Seit vier Jahrzehnten treten CDU und CSU konsequent für eine Agrarpolitik ein, die den bäuerlichen Familien ihr Eigentum und ihre Selbständigkeit sichert und ihnen erlaubt, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften.

Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft befindet sich heute in einer Krise, weil SPD-geführte Bundesregierungen jahrelang Probleme vor sich hergeschoben haben. CDU und CSU haben besonders auch in der

Landwirtschaftspolitik ein schweres Erbe übernommen.

Wir wollen vordringlich die Überproduktion schrittweise beseitigen, um wieder eine aktive Markt- und Preispolitik möglich zu machen. In den vor uns liegenden schwierigen Übergangsjahren werden wir den Landwirten durch flankierende Maßnahmen helfen.

Mittel- und langfristig läßt sich ein Gleichgewicht auf den Agrarmärkten erreichen, wenn es gelingt, die Erzeugung und Verwendung nachwachsender Rohstoffe auf EG-Ebene auszudehnen. Sie eröffnet der Landwirtschaft neue Absatzmöglichkeiten und trägt dazu bei, mit den begrenzten Rohstoff- und Energievorräten sparsam umzugehen. Das sichert gleichzeitig zusätzliche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie dauerhafte Arbeitsplätze auch in ländlichen Räumen und stellt einen Beitrag zum Umweltschutz dar.

Eine Möglichkeit, das Überschußproblem EG-weit anzugehen, ist die freiwillige Aufgabe der Nahrungsmittelproduktion. Dies kann durch die Herausnahme von Flächen aus der Produktion erreicht werden. Bei einem Programm der Flächenstillegung ist die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes zu erhalten. Auf die besondere Situation in den benachteiligten Gebieten ist Rücksicht zu nehmen. Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe müssen gleichermaßen die Möglichkeit haben, sich freiwillig an entsprechenden Maßnahmen zur Marktentlastung zu beteiligen. Die Bemühungen um einen Abbau der Überschüsse dürfen in der EG nicht durch Futtermittelimporte aus Drittländern unterlaufen werden.

Ziel unserer Landwirtschaftspolitik ist es, eine möglichst große Zahl bäuerlicher Betriebe als Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe zu erhalten, die Funktionsfähigkeit und die Infrastruktur des ländlichen Raumes nachhaltig zu sichern und die Kulturlandschaft zu erhalten. Wir wollen daher:

- angemessene Einkommen für die bäuerlichen Betriebe erreichen;
- die natürlichen Lebensgrundlagen durch die bäuerliche Landwirtschaft wahren und keine Verfälschung und Verschlechterung deutscher Qualitätsnormen zulassen;
- breitgestreutes Eigentum in der Landwirtschaft sichern;
- den ländlichen Raum als einen Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten und entwickeln, der den Verdichtungsräumen gleichwertig ist.

CDU und CSU wollen im Interesse der bäuerlichen Familienbetriebe EG-weit die Massentierhaltung begrenzen, Bestandsobergrenzen einführen und eine Begrenzung der Futtermittelimporte erreichen.

Darüber hinaus werden wir in einem Strukturrahmengesetz auf Bundesebene die Kriterien für die bäuerlichen Familienbetriebe festlegen, um Agrarfabriken von der Gewährung von Einkommenshilfen (u.a. 5% Mehrwertsteuer) nachhaltig auszuschließen.

Das System der europäischen Agrarmarktordnung, das sich im Grundsatz bewährt hat, muß an die neuen Bedingungen auf den europäischen Märkten und den Weltmärkten sowie an die unterschiedliche Struktur in der Gemeinschaft angepaßt werden.

Die Mittel der Marktstützung müssen den Bauern unmittelbar zugute kommen. Dazu ist eine Differenzierung der Marktstützung erforderlich.

CDU und CSU betrachten die landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik unverändert als Schwerpunkte ihrer Agrarpolitik. Diese bilden die wesentliche Grundlage für befriedigende Einkommen, eine ausreichende Eigenkapitalbildung sowie den wirtschaftlich vernünftigen Arbeits- und Kapitaleinsatz in den Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben. In der gegenwärtigen Marktsituation können diese Ziele über die Markt- und Preispolitik allein nicht erreicht werden. Es bedarf dazu zusätzlicher einkommenswirksamer Maßnahmen.

Die Landwirtschaft erbringt wichtige außerlandwirtschaftliche Leistungen für unsere Gesellschaft, für die Natur- und Landschaftserhaltung und für die Sicherung einer gesunden Umwelt, die nicht über den Preis von Agrarprodukten abgegolten werden.

Ausgleichszahlungen für landwirtschaftlich benachteiligte Gebiete und Betriebe für freiwillige ökologische Maßnahmen oder andere nachhaltige Bewirtschaftungsauflagen, die im öffentlichen Interesse liegen, sollen die landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik ergänzen.

Zur wirtschaftlichen und sozialen Erleichterung sowie Abfederung von notwendigen Anpassungen sind Steuererleichterungen für die Landwirtschaft eine unentbehrliche Hilfe. Die Bundesregierung hat daher entsprechende Maßnahmen getroffen.

Eine steuerneutrale Überführung des Wohnteils aus dem Betriebs- in das Privatvermögen wird ab 1987 möglich sein. Hierfür wird eine 12jährige Übergangsfrist eingeräumt.

Agrarsozialpolitik ist ein wesentlicher Teil der Agrarpolitik. Wir haben schon in den letzten Jahren die Mittel für die soziale Sicherung der Landwirte beträchtlich erhöht. Wir werden uns auch in Zukunft unserer Verantwortung bewußt sein.

CDU und CSU haben die von ihnen geschaffene landwirtschaftliche Alterssicherung weiter gestärkt und den Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtleistungen der Altershilfe erhöht. Einkommensschwache Betriebe sind durch gezielte Beitragszuschüsse entlastet worden.

CDU und CSU werden diesen Weg weitergehen. Bei der vorgesehenen Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung werden wir die berechtigten Anliegen aller Gruppen der bäuerlichen Landwirtschaft berücksichtigen und für eine gleichwertige Behandlung der Nebenerwerbslandwirte eintreten.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt im weltweiten Vergleich über eine umweltpolitisch günstige Agrarstruktur, die durch bäuerliche Familienbetriebe getragen wird. An diesem Leitbild unserer Agrarpolitik ist auch aus umweltpolitischen Zielsetzungen festzuhalten.

Wir unterstützen die Ziele einer umweltgerechten Landwirtschaft. Durch intensive Beratung und durch Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung können das Verantwortungsbewußtsein der Landwirte für eine gesunde Umwelt gestärkt und deren Kenntnisse über eine umweltfreundliche Bewirtschaftung vertieft werden. Eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung soll mit der Erhaltung der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen sowie der Förderung des Gewässerschutzes verbunden werden.

Agrarstrukturpolitik verstehen wir als Teil einer umfassenden Politik für die Menschen im ländlichen Raum, die

den heutigen umwelt-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ansprüchen Rechnung tragen muß. Den Strukturwandel in der Landwirtschaft, der auch in Zukunft andauern wird, wollen wir sozial gestalten. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum werden wir die Agrarpolitik durch die Regionalpolitik unterstützen. Die Wirksamkeit unserer Regionalpolitik im ländlichen Raum darf nicht durch restriktive Beschlüsse der EG-Kommission be- oder verhindert werden. Eine Beschleunigung des Strukturwandels durch Druck auf die Agrarpreise und durch staatliche Maßnahmen lehnen wir ab.

Die EG-Agrarstrukturpolitik der kommenden Jahre muß differenzierte Lösungen suchen. Dazu muß die Verantwortung bei der politischen Ebene liegen, die mit den Problemen auch vertraut ist. Eine Regionalisierung der EG-Agrarpolitik und ein größerer nationaler Spielraum für die Mitgliedstaaten sind erforderlich.

16. Wir wollen soziale Partnerschaft und lehnen Klassenkampf ab

Tarifautonomie, Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sind Ergebnisse christlich-sozialer Politik und Ausdruck sozialer Partnerschaft, die unverzichtbarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ist.

Neue Techniken sollen nicht gegen die Arbeitnehmer, sondern mit ihnen eingeführt werden. Sie sollen bei der Entscheidung über Einsatz und Verwendung neuer Techniken im Sinne der sozialen Partnerschaft beteiligt werden. Zu diesem Zweck werden wir die Beteiligungsrechte des Betriebsrates bei Einführung und Anwendung neuer Techniken verstärken. Neue Techniken erleichtern auch die Humanisierung der Arbeitsplätze und einen verbesserten Gesundheitsschutz. Durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Bundespersonalvertretungsgesetzes sollen die Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen verstärkt werden.

CDU und CSU wollen im Benehmen mit den Tarifpartnern die Montanmitbestimmung sichern.

Wir wollen Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer unabhängig von parteipolitischen Rücksichten vertreten. Nur so sind sie fähig zu Kompromiß und zu sozialem Frieden. Wenn Funktionäre einzelner Gewerkschaften diese vor den Karren der Partei spannen, verstoßen sie gegen den unverzichtbaren Grundsatz parteipolitischer Neutralität und gefährden damit die Einheitsgewerkschaft.

Die Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft stärker zu beteiligen, bleibt ein wichtiges Ziel christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik. CDU und CSU haben nach 13 Jahren des vermögenspolitischen Stillstands unter SPD-Verantwortung mit dem Vermögensbeteiligungsgesetz und mit der Ergänzung dieses Gesetzes durch die zweite Stufe der Vermögensbildung ein klares Signal gesetzt, um die Arbeitnehmer in immer stärkerem Maße zu Miteigentümern der Unternehmen zu machen. Wir fordern Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, die Chancen und Möglichkeiten der neuen Gesetze zu nutzen.

17. Wir werden die soziale Sicherheit festigen und ausbauen

Neubeginn in der Sozialpolitik

Bei Regierungsübernahme stand das System der sozialen Sicherheit vor

dem Zusammenbruch. Die hohen Schulden der öffentlichen Haushalte, der Rückgang des Sozialprodukts und steigende Arbeitslosenzahlen hatten das soziale Netz in der Bundesrepublik Deutschland akut gefährdet.

Wir haben das soziale Sicherungssystem wieder leistungsfähig gemacht und durch strukturelle Veränderungen die Sozialausgaben den realen Finanzierungsmöglichkeiten angepaßt.

Die Solidität unserer Sozialpolitik zahlt sich aus. Die Sozialleistungen stehen wieder in Einklang mit den Möglichkeiten der Volkswirtschaft. Das wiedergewonnene wirtschaftliche Wachstum hat neue sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Das Ergebnis ist mithin nicht Abbau, sondern Sicherung und Verbesserung von Sozialleistungen:

— Die Gesamtheit aller Sozialleistungen liegt heute im Jahr um mehr als 50 Milliarden Mark höher als 1982.

— Die Rentenfinanzen haben wir nach langen Jahren der SPD-Rentenunsicherheit gesichert, die Realeinkommen der Rentner steigen wieder: Das spüren die Rentner im Geldbeutel.

— Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit haben wir beseitigt. Die Voraussetzungen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Verbesserung der Leistungen für Arbeitslose haben wir geschaffen und genutzt.

— Die Sozialhilfe haben wir erhöht.

— Das Wohngeld und die soziale Absicherung des Wohnens wurden verbessert.

— Die Leistungen für Schwerbehinderte und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wir verbessert.

— Die Versorgungsleistungen für Kriegsopfer und für Opfer von Gewalttaten wurden verbessert.

— Den Einkommens- und Vermögensschutz insbesondere für Pflegebedürftige in der Sozialhilfe, vor allem soweit es den Schutz des kleinen Hausgrundstückes betrifft, werden wir weiter verbessern.

Rentenversicherung

CDU und CSU haben 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, um die Teilhabe der älteren Mitbürger am wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten. Die Rentenreform von 1957 war ein soziales Jahrhundertwerk und gilt auch international als Beispiel für eine vorbildliche Sozialpolitik.

Die SPD hat in den Jahren ihrer Regierungstätigkeit durch eine unverantwortliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie durch ständige Eingriffe in das Leistungsrecht der Rentenversicherung die Sicherheit unseres Rentensystems aufs Spiel gesetzt. CDU und CSU haben die dadurch drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Rentenversicherung beseitigt und haben die Rentenfinanzen wieder auf eine solide Grundlage gestellt. Jeder Rentner kann sich darauf verlassen, daß seine Rente auch in Zukunft pünktlich gezahlt wird.

Eine herausragende Leistung unserer Politik ist die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht durch die Hinterbliebenenrente mit Freibetrag. Als sozial gerechte und frauenfreundliche Lösung hat sie die Zustimmung der Frauenorganisationen und der Gewerkschaften gefunden. Die

SPD dagegen war nicht fähig, einen sozial ausgewogenen und finanziell tragbaren Lösungsweg aufzuzeigen.
CDU und CSU werden durch ihre Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik schrittweise die Arbeitslosigkeit abbauen. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für stabile Rentenfinanzen. Denn ein hoher Beschäftigungsstand entlastet finanziell den Staat sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer und erhöht gleichzeitig die Zahl der Beitragszahler in der Rentenversicherung.

Weil sich der Altersaufbau unserer Bevölkerung ändert (mehr Rentner, weniger Beitragszahler), werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine grundlegende Strukturreform vornehmen, um die Renten auch für die nächste Generation zu sichern. Ziel dieser Reform ist es, den Generationenvertrag aufrechtzuerhalten, um auch den jungen Beitragszahlern im Alter eine sichere und leistungsgerechte Rente zu garantieren und die Belastungen der Beitragszahler in Grenzen zu halten. Es geht nicht um eine Beseitigung der tragenden Elemente unserer Rentenversicherung, sondern um ihre Weiterentwicklung als Antwort auf die veränderten Bedingungen des nächsten Jahrhunderts. Dabei werden sich die Unionsparteien von folgenden Prinzipien leiten lassen:

— Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Der enge Bezug zwischen Leistung und Gegenleistung bleibt auch in Zukunft ein Grundsatz unseres Rentenrechts. Deshalb lehnen wir eine Einheitsrente ebenso ab wie eine Maschinensteuer.

— Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der Rentnergeneration. Familien mit Kindern erbringen ebenfalls einen unentbehrlichen Beitrag für den Bestand des Generationenvertrages. Deshalb sind alle Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für junge Familien zu fördern. Die Anerkennung eines Kindererziehungsjahres in der Rentenversicherung ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung des Drei-Generationen-Vertrages in der Rentenversicherung.

— Die verfügbaren Renteneinkommen sollen in gleichem Maße steigen wie die verfügbaren Arbeitseinkommen der Beschäftigten. Denn aus der veränderten Bevölkerungsentwicklung der Zukunft ergeben sich langfristig Folgen für die Rentner und die Beitragszahler. In Verbindung hiermit und mit den Strukturen der Rentenversicherung muß auch der Bundeszuschuß auf eine neue, verläßliche Grundlage gestellt werden.

— Notwendig sind in der Zukunft sowohl flexible als auch gleitende Übergänge in den Ruhestand. Mit steigender Lebenserwartung wird auch die Bereitschaft, freiwillig länger zu arbeiten, zunehmen. Die Möglichkeiten dazu müssen verbessert werden. Dies ist auch aufgrund des veränderten Altersaufbaus im nächsten Jahrhundert wünschenswert. Arbeitnehmer müssen nicht nur früher, sondern auch später als bisher in den Ruhestand gehen können. Wer länger arbeitet, soll eine höhere Rente erhalten als der, der kürzer arbeitet. Flexible Altersgrenzen entsprechen auch eher den Wünschen und den persönlichen Interessen des einzelnen als starre Regelungen.

Gesundheitspolitik

Die Gesundheit ist eines der höchsten Lebensgüter. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden Bürger gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation. Wir wollen, daß alle Bürger in Stadt und Land die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.

Die Verantwortung des einzelnen und die Verantwortung des Staates gehören in der Gesundheitspolitik zusammen. Denn der Staat kann nicht jedem seine Gesundheit garantieren. Jeder ist zunächst selbst verantwortlich für die Erhaltung seiner Gesundheit. Vorbeugen ist besser als Heilen. Deshalb sind die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung mehr als bisher zu fördern.

Neben dem Einsatz medizinisch-technischer Geräte und Apparate darf die persönliche Zuwendung im Gesundheitswesen nicht verloren gehen. Ärzte und Pflegepersonal leisten dafür einen unerläßlichen Beitrag. Eine unentbehrliche Ergänzung der traditionellen gesundheitlichen Versorgung sind die Selbsthilfegruppen Betroffener.

Die großen Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauferkrankungen, Krebs und Rheuma erfordern besondere Anstrengungen der medizinischen Wissenschaft. Wir wollen die Ursachenforschung ausbauen, neue Heilverfahren entwickeln, die Nachsorge und Rehabilitation verbessern und die Folgen von Krankheit für die Menschen mildern. Die Unionsparteien werden die gemeindenahe Versorgung psychisch Kranker verbessern und dabei dem Ausbau ambulanter Dienste Vorrang vor stationären Maßnahmen einräumen.

Zu einer freiheitlichen Sozialpolitik gehört ein freiheitliches Gesundheitswesen. Das bedeutet: freie Wahl des Arztes und eine Vielfalt von privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Trägern und Einrichtungen im Krankenhausbereich. Der Vergleich mit anderen Ländern beweist: Ein freiheitliches Gesundheitswesen ist menschlicher und kostengünstiger als ein bürokratisiertes und verstaatlichtes Gesundheitswesen. Die Ziele unserer Gesundheitspolitik sind auf Dauer nur in einem Gesundheitswesen zu erreichen, das Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit miteinander verbindet.

Umwelt und Gesundheit

Die Gesundheit des Menschen hängt auch von der Umwelt ab, in der er lebt. Umweltpolitik ist deshalb auch Gesundheitspolitik. Der Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Die von uns geführte Bundesregierung hat danach gehandelt. Durch eine verschärfte Gefahrstoffverordnung sind international neue Maßstäbe für den Schutz von Mensch und Umwelt gesetzt worden. Durch eine neue Verordnung ist die Qualität des Trinkwassers auch für die Zukunft gesichert.

Um ein gesundes Leben in einer gesunden Umwelt zu sichern, werden wir durch Gesetzesänderungen die Menschen besser vor jenen Gefahren schützen, die ihnen aus einer Vielzahl neuer chemischer Stoffe erwachsen können. Den Schutz vor Schadstoffen in Lebensmitteln werden wir weiter ausbauen und so gestalten, daß Schadstoffe nicht in die Nahrungskette gelangen.

Krankenversicherung

Auch in der Gesundheitspolitik darf auf Wirtschaftlichkeit nicht verzichtet werden. Wir wollen die Strukturen unseres Gesundheitssystems mit dem Ziel erhöhter Wirksamkeit und größerer Wirtschaftlichkeit weiterentwikkeln. Die Beiträge zur Krankenversicherung müssen innerhalb wirtschaftlich vernünftiger und finanziell vertretbarer Grenzen bleiben.

Wenn wir medizinischen Fortschritt zu tragbaren Beitragssätzen auf Dauer wollen, müssen vor allem stärkere Anreize für wirtschaftliches Handeln auf allen Ebenen des Gesundheitswesens geschaffen werden. Sparsamkeit muß belohnt und unnötig kostenträchtiges Verhalten benachteiligt werden. Eine grundlegende Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung ist erforderlich.

Wir wollen, daß

— in allen Bereichen unseres Gesundheitswesens Leistungs- und Kostentransparenz und soviel Markt und Preiswettbewerb wie möglich und sinnvoll eingeführt werden;

— die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung als Solidareinrichtung auf das konzentriert werden, was sozial und gesundheitlich wirklich nötig ist. Das bedeutet für uns eher höhere Ausgaben für die existentiellen Risiken und für Vorsorge — andererseits aber größere Sparsamkeit bei Bagatellleistungen;

— der Gestaltungsspielraum der Selbstverwaltung und der Krankenkassen genutzt wird, um neue Formen im Leistungs- und Beitragsrecht erproben und Verschwendung und Unwirtschaftlichkeit besser bekämpfen zu können;

— die Gesundheitsgefahren in der Umwelt und am Arbeitsplatz abgebaut werden. Wir wollen durch ständige Weiterentwicklung des innerbetrieblichen Arbeitsschutzes, durch Verbesserung der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Verschärfung der Umweltschutzauflagen die Gesundheits- und Unfallgefahren am Arbeitsplatz so weit wie möglich reduzieren.

Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft

Ebenso wie wir die natürliche Umwelt bewahren und schützen wollen, wollen wir das persönliche Umfeld des einzelnen wieder überschaubarer machen. Der einzelne darf in der Massengesellschaft nicht verlorengehen und vereinsamen. Geborgenheit in Familie und Nachbarschaft sind Werte, die für das Glück und die Zufriedenheit des Menschen ebenso wichtig sind wie materielle Güter und Wohlstand. Wir wollen eine Gesellschaft selbständiger Bürger, die sich zutrauen und auch fähig sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, die Raum läßt für individuelle Entfaltung.

CDU und CSU achten die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Der Mensch kann seinem Bedürfnis, sich selbst und der Welt einen Sinn zu geben, nicht aus eigener Kraft gerecht werden. Hierin besteht die große Aufgabe und Herausforderung für die Kirchen. Die Union anerkennt die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Menschen und wird sie auch künftig fördern.

Soziale, sportliche und kulturelle Einrichtungen erfüllen in unserer Gesellschaft eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe. Nachbarschaft, Vereine und Initiativen von Bürgern verbessern die Lebensbedingungen der Menschen.

Soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Solidarität ist mehr als die Kampfgemeinschaft, die mit Gleichgesinnten eigene Interessen gegen andere durchsetzt, sondern verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen. Der Staat hat die besondere Verpflichtung, für diejenigen in unserer Gesellschaft einzutreten, die keine Lobby haben.

Für uns gehören Solidarität und Subsidiarität zusammen. Der Staat soll dem Bürger Eigeninitiative und verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des möglichen erleichtern und zumuten. Nicht der dirigistische Versorgungsstaat, der den Menschen bevormundet, ist unser Ideal, sondern der Staat, der auf die Mitverantwortung und Solidarität der Bürger baut, der auf ihren Ideenreichtum, ihre Initiative und Leistung bei der Lösung von Problemen vertraut. Deshalb werden wir unsere erfolgreich begonnene Politik der Entbürokratisierung, der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung konsequent fortsetzen.

Die SPD dagegen ist die Partei des Dirigismus; sie schafft den anonymen Betreuungsstaat, der die Entwicklung zu einer kalten, durchbürokratisierten Gesellschaft fördert. Sozialistische Politik führt letztlich zum entwurzelten Menschen, der sich leichter manipulieren läßt. Ähnliche Ziele verfolgen die Grünen.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt ein umfassendes und leistungsfähiges Sozialsystem, das in der Welt seinesgleichen sucht. Es dient dem sozialen Frieden, der persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit. Aber es gibt soziale Not, auf die eine rein materiell ausgerichtete Sozialpolitik keine Antwort geben kann. Die neuen sozialen Probleme liegen gerade im

menschlichen Bereich. Der Staat muß Hilfe zur Selbsthilfe geben. Die kleine Gruppe, die Nachbarschaft, die Familie können eher Bürgersinn und Hilfe bewirken als neue staatliche Betreuungsorganisationen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden, Selbsthilfegruppen und dem einzelnen sind notwendig.

18. Wir schützen Natur und Umwelt und erhalten unser Land als lebenswerte Heimat

Umweltpolitik

Der Umweltschutz gehört zu den größten Aktivposten unserer Politik. Im Umweltschutz haben wir entscheidende Fortschritte erreicht und damit gleichzeitig neue Arbeitsplätze geschaffen. Unter unserer Regierungsverantwortung ist die Bundesrepublik Deutschland in der Umweltpolitik zum Vorreiter und zur treibenden Kraft in Europa geworden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Luftreinhaltung.

Die langfristige Bewahrung einer natürlichen Umwelt bleibt auch in Zukunft eine vorrangige politische Aufgabe. Wir stehen in der Pflicht gegenüber nachfolgenden Generationen. Unsere Umwelt zu erhalten und damit eine lebenswerte Zukunft zu sichern, ist eine konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes und entspricht unserem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung gegenüber der Schöpfung.

Umweltschutz ist mehr als die nachträgliche Beseitigung entstandener Schäden. Technischen und wirtschaftlichen Fortschritt mit der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen, ist das Ziel unserer Politik.

Wir werden

- das Verursacher- und Vorsorgeprinzip verstärkt anwenden, um den Unternehmen mehr Anreize zur Suche nach umweltfreundlichen Lösungen zu geben: Umweltschädigendes Verhalten darf sich nicht lohnen, Umweltverschmutzung zum Nulltarif darf es nicht geben;
- den technischen Fortschritt in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Technische Verbesserungen und Neuerungen sind die Grundlage modernen Umweltschutzes und schaffen neue Arbeitsplätze;
- die Altlastensanierung unter Beachtung des Verursacherprinzips voranbringen;
- die Umweltkriminalität nachhaltig bekämpfen;
- in der Europäischen Gemeinschaft Regelungen durchsetzen, die einen wirksamen Schutz von Natur, Umwelt und Gesundheit sicherstellen. Wir werden unsere europäischen Nachbarn drängen, dem deutschen Beispiel zu folgen.

Unser Ziel ist die Bewahrung der Natur und Landschaft in ihrer heutigen Vielfalt. Der Lebensraum muß für wild lebende Tiere und Pflanzen stärker als bisher vor Eingriffen und Beeinträchtigungen geschützt werden. Wichtige Biotope müssen vor dem Untergang gerettet werden. Dann wird es uns auch gelingen, den Naturhaushalt im Gleichgewicht zu halten.

Mit weitreichenden Maßnahmen haben wir die Reinhaltung der Luft verbessert. Der Ausstoß von Schwefeldioxyd bei Kraftwerken wird bis 1988

um 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert. Bis 1993 wird eine Reduzierung um 75% gegenüber dem Stand von 1982 erreicht. Die Emissionen von Stickoxyden aus Großfeuerungsanlagen werden bis 1993 von 1 Million Tonne pro Jahr auf ein Drittel herabgesetzt.

Der Durchbruch in der Europäischen Gemeinschaft zur Einführung des umweltfreundlichen Autos ist ein großer Erfolg unserer Umweltpolitik. Die Verringerung der Abgase bei Lastfahrzeugen und eine Senkung des Schadstoffgehalts von Heizöl und Dieselkraftstoff sind hier unsere nächsten Ziele.

Unsere Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft dienen auch der Erhaltung unserer Wälder. Wir werden die Waldschadensforschung verstärken. Wir wollen die Bergwälder und Bergregionen schützen.

Die Reinhaltung der Gewässer und die Sicherung unseres Trinkwassers ist eines unserer wichtigsten umweltpolitischen Ziele. Wir haben drei Gesetze zum Schutz des Wassers verbessert. Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz der Grundwasservorräte, für Einsparungen beim Wasserverbrauch und eine Verringerung des Einleitens von Schadstoffen in die Gewässer ein. Wir fordern die Einhaltung der von Frankreich gegebenen Zusagen, die Einleitung von Kalisalzen in den Rhein zu beenden.

Jahrelang wurde der Schutz des Bodens vernachlässigt. Wir haben deshalb eine Bodenschutzkonzeption erarbeitet. Die Belastung des Bodens durch Schadstoffe muß verringert werden, damit der Boden sich selbst regenerieren kann und damit keine Schadstoffe in Lebensmittel gelangen. Der Landschaftsverbrauch muß auf das unbedingt Nötige beschränkt werden.

Abfälle sind zu wertvoll, um einfach weggeworfen zu werden. Wir wollen deshalb das Recycling von Rohstoffen in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Damit können Rohstoffe eingespart und die Müllmengen verringert werden. Mit dem neuen Abfallgesetz haben wir dafür eine zukunftsweisende Grundlage geschaffen.

Menschengerechte Gestaltung und Erneuerung unserer Städte und Dörfer

Die menschengerechte Gestaltung und Erneuerung von Städten, Gemeinden und Dörfern ist für die Qualität der Lebensverhältnisse der Menschen ebenso entscheidend wie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Deshalb haben auf unsere Initiative Bund, Länder und Gemeinden zusammengenommen für 1986 und 1987 die Mittel für Dorf- und Stadterneuerung auf über zwei Milliarden DM jährlich erhöht. Auch nach der vereinbarten Neuregelung der Zuständigkeiten bleibt die Stadt- und Dorferneuerung eine wichtige Aufgabe. Gewachsene Strukturen zu erhalten, menschlichere Lebensverhältnisse zu ermöglichen, Heimat zu bewahren und zu schaffen: Das ist unser Leitbild für Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung.

Wohnungsversorgung auf höchstem Stand

Das verbesserte Wohnungsangebot hat erstmals zu einem weitgehend entspannten Wohnungsmarkt mit einem nur noch geringen Anstieg der Wohnkosten geführt. Das entlastet Mieter und Eigentümer. Die verbesserte steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums wird es künftig mehr Familien ermöglichen, Wohneigentum

zu erwerben und damit Vermögen für die Wechselfälle des Lebens und für das Rentenalter zu bilden.

19. Wir sorgen für sichere, umweltschonende und preiswerte Energie

Für eine wirtschaftlich und sozial leistungsfähige Industriegesellschaft ist die ausreichende Versorgung mit sicherer, umweltschonender und preiswerter Energie eine Lebensfrage. Nur so können wirtschaftliche Leistungskraft und Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand sowie die Gesundheit der Bürger erhalten und gesichert werden.

Die Kernkraft ist neben Kohle, Öl, Erdgas und regenerativen Energien auch in absehbarer Zeit eine unverzichtbare Energiequelle.

Die Erforschung und Erprobung neuer Energiequellen wie zum Beispiel der Fusions- und Wasserstofftechnologie sind verstärkt zu fördern, damit sie möglichst bald zur Verfügung stehen. Wind- und Solarenergie sowie nachwachsende Energieträger können einen steigenden Beitrag zur Energieversorgung liefern. Die Erforschung, Erprobung und Markteinführung dieser alternativen Energiequellen werden verstärkt und systematisch gefördert. Auch in Zukunft sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung zu nutzen und neue energiesparende Verfahren und Werkstoffe zu entwickeln.

Die Steinkohle als wichtigster heimischer Energieträger behält ihren hohen Rang im Interesse der Sicherheit unserer Energieversorgung. Braunkohle und Wasserkraft werden auch in Zukunft ihren Anteil an der Energieerzeugung besitzen.

Bei der Nutzung der Kernenergie muß die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Bürger wie bisher auch Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen behalten. Der Verzicht auf Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland und der verstärkte Einsatz von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, würde die Belastung von Luft, Wasser und Boden erheblich erhöhen, die Energiepreise steigen lassen und die Abhängigkeit vom Erdöl verstärken. Gesundheit und Leben unserer Bürger werden auch nicht dadurch geschützt, daß die sicheren Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland abgeschaltet werden, während die weniger sicheren im kommunistischen Machtbereich weiter in Betrieb sind.

Die deutschen Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt. Der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl ist kein Argument gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, sondern vielmehr Ausdruck einer verantwortungslosen Politik, bei der wirtschaftliches Interesse, nicht aber Sicherheit Vorrang hatte.

Die Kernenergie ist heute eine technisch beherrschbare und moralisch vertretbare Technik. Voraussetzung dafür ist, daß Kernkraftwerke wie in der Bundesrepublik Deutschland z.B. über mehrere unterschiedlich wirkende und voneinander unabhängig arbeitende Sicherheitssysteme verfügen. Jedes dieser Sicherheitssysteme muß für sich allein bereits sicherheitstechnisch für mögliche Störfälle ausreichend sein.

Wir bleiben uns dabei bewußt, daß es keine Technik ohne jedes Risiko gibt und daß Sicherheit ständig neuer Überprüfung und neuer Anstrengung bedarf. Deshalb sehen wir trotz des

hohen Sicherheitsstandards der deutschen Kernkraftwerke die laufende Prüfung aller Sicherheitsaspekte als eine Daueraufgabe an.

Freigesetzte Schadstoffe aller Art machen nicht an staatlichen Grenzen halt. Daraus folgt, daß jedes Land, das Kernenergie nutzt, nicht nur für seine Bürger, sondern auch für seine Nachbarn eine große Verantwortung übernimmt.

Deshalb werden wir darauf drängen, daß

- für Bau und Betrieb von Kernkraftwerken weltweit gültige und dem höchsten Stand der Technik entsprechende Sicherheitsstandards festgelegt werden;
- die internationale Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken, der Bewältigung von Nuklearunfällen und der Bereitstellung gegenseitiger Nothilfe verbessert wird;
- alle Länder, die Kernkraftwerke betreiben, bei Störfällen zu einer rechtzeitigen und umfassenden Information verpflichtet werden;
- bei Schäden, die durch Störfälle in Kernkraftwerken entstehen, das Verursacherprinzip grenzüberschreitend angewendet wird.

Eine verantwortliche Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß auch Rücksicht nehmen auf Ängste und Sorgen der Bevölkerung. Eine sachliche und umfassende Information der Bevölkerung ist selbstverständlich. Mögliche Ängste dürfen aber sachgerechtes und verantwortliches Handeln nicht behindern.

Jede Technologie, somit auch die Energiegewinnung durch Kernspaltung, ist eine Übergangstechnologie. Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gibt es aber auf absehbare Zeit keine Alternative. Wer deshalb heute das sofortige Abschalten der Kernkraftwerke fordert, täuscht die Bevölkerung. Wirtschaftlicher und sozialer Niedergang wären die Folge.

Die Energie- und Entsorgungspolitik des Bundes und der Länder erfordert den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und die Erprobung direkter Endlagerung.

20. Wir fördern Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter

Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie auch den älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglicht. Die älteren Menschen sind selbständige, aktive und selbstbewußte Bürger, die ihre Erfahrungen und Kenntnisse aktiv nutzen, erweitern und weitergeben wollen.

Dies wollen wir ideell und materiell unterstützen, denn auch die Jüngeren können auf den Rat und die Mithilfe der älteren Generation im privaten und gesellschaftlichen Bereich nicht verzichten. Wir setzen uns dafür ein, daß die Älteren stärker am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir befürworten Weiterbildungsangebote, Seniorentreffpunkte und Sport für ältere Menschen. Deshalb wollen wir freie und gemeinnützige Verbände und Selbsthilfeprojekte unterstützen.

Unser Ziel ist nicht nur die Förderung der Familie, bestehend aus Eltern und Kindern, sondern auch die Förderung der Mehr-Generationen-Familie. Wir haben bereits durch eine Reihe gesetzlicher Verbesserungen, wie z.B. der Einführung des zusätzlichen Freibetrages beim Wohngeld und einer Elternkomponente bei der Wohnungs-

bauförderung, das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach erleichtert.

In unserer Gesellschaft leben zwei Millionen Menschen, die in unterschiedlichem Maße der Pflege bedürfen. Der weitaus größte Teil der pflegebedürftigen Älteren wird von Angehörigen betreut. Es sind insbesondere Frauen der mittleren Generation, die sich in der Pflege um ihre Angehörigen oftmals selbstlos aufopfern. Die Risiken der Pflegebedürftigkeit oder schwerer Behinderungen von Geburt an sind nur unzureichend abgesichert.

Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode Maßnahmen verwirklicht und eingeleitet, durch die die Lage der Pflegebedürftigen wie der Pflegenden verbessert wird: Dazu gehören die Wohnungsbauförderung und die Ausweitung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zur häuslichen Pflege und zur Hilfe bei Erkrankung von Pflegenden.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir vordringlich:

— die soziale Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen, in Verantwortung der Länder und Gemeinden verbessern;

— im Steuerrecht weitere Erleichterungen schaffen;

— die Bedingungen für private Vorsorgeleistungen verbessern;

— die Pflege durch Angehörige und durch Sozialstationen nachhaltiger anerkennen und fördern.
Darüber hinaus muß die soziale Sicherung der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten geregelt werden.

Unsere Politik soll dazu beitragen, daß ältere Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

21. Wir stärken die Selbstverantwortung und alle Initiativen zur Hilfe für den Nächsten

Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, und Leistung ist nicht nur bezahlte Leistung. Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und Nächstenhilfe. Auch ein gut organisierter Sozialstaat ist auf das ehrenamtliche Engagement seiner Mitbürger angewiesen. Ehrenamtliches Engagement muß daher im erforderlichen Umfang anerkannt und gefördert werden.

Wir wollen mehr Eigenverantwortung, mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Der einzelne, gemeinnützige Verbände, Selbsthilfegruppen, Nachbarn und Familien leisten etwas, was der Staat oder ein anonymes Versorgungssystem häufig nicht leisten können: Sie schenken dem Bedürftigen persönliche Zuwendung, Geborgenheit, Verständnis, Liebe.

Darum hat individuelle Hilfe für uns Vorrang vor anonymer Hilfe, ambulante Hilfe Vorrang vor stationärer Hilfe, private Hilfe Vorrang vor staatlicher Hilfe. In vielen Fällen ist aber für die Älteren die Betreuung z.B. in Alten- und Altenpflegeheimen die richtige und humane Lösung.

Für CDU und CSU ist es gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein besonderes Anliegen, sich verstärkt für die Eingliederung der behinderten Mitbürger in Beruf und Gesellschaft einzusetzen. Wir müssen ihnen jene Hilfen gewähren, die sie nach ihren persönlichen Lebensumständen benö-

tigen. Die Neufassung des Schwerbehindertengesetzes dient diesem Ziel.

Unsere freiheitliche und solidarische Sozial- und Gesellschaftspolitik unterscheidet sich grundlegend von sozialistischen Zielvorstellungen. Sozialistische Politik will alle menschlichen Bedürfnisse zentral verwalten. Eine allumfassende staatliche Zuständigkeit zerstört aber die Bereitschaft des einzelnen und der Gruppen zu verantwortlichem Handeln und schränkt die Freiheit des einzelnen ein.

Die großen sozialen Sicherungssysteme bleiben weiterhin unverzichtbar. Uns geht es darum, die Kräfte des einzelnen und der Gemeinschaft zur Selbsthilfe, zu dezentraler, praktischer Nächstenhilfe zu stärken. Aufgabe der Politik und staatlicher Einrichtungen ist es, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden und Selbsthilfegruppen sowie dem einzelnen sind notwendig.

22. Wir schaffen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft

Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort persönlicher Geborgenheit und Sinnvermittlung. Die Familie ist Mittelpunkt einer Politik, die auf Freiheit, Eigenverantwortung, Mitmenschlichkeit und Vorrang der Personen vor Ideologien gerichtet ist. Die Familie ist das Fundament einer solidarischen und menschlichen Gesellschaft.

Die Unionsparteien entsprechen mit ihrer Entscheidung, die Familie in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftspolitik zu stellen, den Erfordernissen der Zukunft. Wenn in unserem Land immer weniger Kinder geboren werden und immer weniger Kinder in Familien zu lebenstüchtigen und verantwortungsbewußten Mitbürgern in unserer Gesellschaft heranwachsen, hat unser Land keine Zukunft mehr.

Die CDU und CSU sind die Parteien der Familie.

— Mit der Einführung des Erziehungsgeldes und der Anerkennung der Erziehungsleistung in der Familie durch Anrechnung eines Erziehungsjahres in der Rentenversicherung haben wir einen familienpolitischen Durchbruch erzielt. Auch die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 werden schrittweise in die Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung einbezogen, unabhängig davon, ob sie eine Rente beziehen oder nicht.

— Die Kinderfreibeträge haben wir wesentlich erhöht: Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern als der, der keine Kinder hat. Als neue Leistung wurde ein Kindergeldzuschlag je Kind für diejenigen eingeführt, die die Kinderfreibeträge nicht oder nicht in vollem Umfang ausschöpfen können.

Mit 10 Milliarden Mark pro Jahr haben wir die größte Verbesserung für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode:

— mit dem Kinderfreibetrag auch den Kindergeldzuschlag weiter erhöhen,

— das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben,

— das Erziehungsgeld verlängern.

Wir werden uns der Situation der Alleinerziehenden, die es oft sehr schwer haben, besonders annehmen.

CDU und CSU tragen durch ihre Familienpolitik dazu bei, daß Partnerschaft und Wahlfreiheit tatsächlich gelebt werden können. Immer mehr junge Väter wollen bewußt Familie erleben und in der Familie Verantwortung übernehmen. Familienpolitik muß mehr Möglichkeiten schaffen, daß Väter sich stärker und intensiver als bisher um Familie und Kinder kümmern und daß Familien einander besser helfen und sich gegenseitig entlasten können.

Das ungeborene Leben ist menschliches Leben von Anfang an und steht von Anfang an unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Wir werden weiterhin alles tun, die Unantastbarkeit und Würde jedes menschlichen Lebens im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Der außerordentlich starke Anteil der Notlagenindikationen ist in hohem Maße bedrückend. Jeder Mißbrauch rechtlicher Vorschriften, die dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen, muß verhindert werden. Selbstbestimmung darf nicht auf Kosten der Schwächsten, nämlich der ungeborenen Kinder, verwirklicht werden.

CDU und CSU haben durch zahlreiche Maßnahmen, wie zum Beispiel durch Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die Stiftung „Mutter und Kind", die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß keine Frau alleine deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine ausweglose soziale Notlage geraten kann und deshalb in Erwägung zieht, eine Schwangerschaft abzubrechen. Diese Politik, die dem Prinzip „helfen statt strafen" verpflichtet ist, werden wir fortsetzen.

23. Wir eröffnen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf

CDU und CSU sind davon überzeugt, daß das Ziel einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nur erreicht werden kann, wenn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen unserer Gesellschaft an verantwortlicher Stelle mitwirken. Wir treten für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein, aber wir kämpfen ebenso gegen jede Benachteiligung der Frauen, die sich für die Aufgaben in der Familie und die Erziehung der Kinder entschieden haben.

CDU und CSU haben in dieser Legislaturperiode das Zwei-Klassen-Recht des Mutterschaftsurlaubsgeldes abgeschafft und ein Erziehungsgeld mit Beschäftigungsgarantie eingeführt, das alle Frauen erhalten. Sie haben mit der Einführung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung das Unrecht beseitigt, daß die Tätigkeit von Müttern in der Rentenversicherung unberücksichtigt blieb.

Frauen und Männer wollen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Die Bundesregierung hat die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Teilzeitarbeit grundlegend verbessert. Jetzt muß es darum gehen, Teilzeitarbeit in der Praxis stärker durchzusetzen.

Durch flexible und maßgerechte Arbeitsbedingungen müssen Männern und Frauen die Wahrnehmung familiärer Aufgaben neben der Berufstätigkeit erleichtert werden. Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe für Erwerbstätige, die kleine Kinder haben, ein vermehrtes Angebot von Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit sind ebenso unverzichtbar wie flexible Öffnungszeiten der Kindergärten und der öffentlichen Ämter.

Wir müssen Brücken bauen zwischen Familie und Arbeitswelt.

Frauen, die nach längerer Berufsunterbrechung zugunsten der Familie wieder in den Beruf zurückkehren wollen, werden wir den Anschluß an ihre erlernte berufliche Tätigkeit erleichtern oder die Aufnahme einer neuen Tätigkeit fördern, in der sie auch die in der Familie gewonnenen Erfahrungen nutzen können.

Wirtschaft und öffentlicher Dienst müssen Frauen gleiche Chancen bei der Einstellung und Beförderung geben. Teilzeitarbeit darf nicht die Abkoppelung von jedem beruflichen Aufstieg zur Folge haben. Wir werden dafür eintreten, daß bei der Besetzung von Gremien und leitenden Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft Frauen in einem Maße berücksichtigt werden, das sich an ihrem Anteil, ihrem Einsatz und ihrer Leistung orientiert.

Bei der Einführung neuer Technologien werden wir dafür sorgen, daß sich gerade für Frauen auch neue Chancen ergeben: Eine qualifizierte Ausbildung ist für Frauen unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sich ihre Berufschancen bei der Einführung neuer Technologien nicht verschlechtern.

24. Wir geben der Jugend Perspektiven für die Zukunft

Politik muß sich auch an den Idealen, Erfahrungen, Bedürfnissen und Lebensverhältnissen der Jugend orientieren. Unsere Politik hat die Zukunftschancen junger Menschen entscheidend verbessert. Aus Resignation und Verweigerung, aus Angst vor der Technik, die noch vor wenigen Jahren die Köpfe und Herzen junger Menschen beherrschten, wurde Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft. Die Jugendlichen orientieren sich wieder an der Leistung, sehen und nutzen die Chancen neuer Techniken, haben wieder Vertrauen in die eigene Kraft und engagieren sich für das Gemeinwesen.

Politik für junge Menschen erschöpft sich nicht in Jugendpolitik; unser gesamtpolitisches Konzept eröffnet gerade auch jungen Menschen Zukunftsperspektiven.

— Wir haben mit unserer Politik dafür gesorgt, daß fast alle Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, auch eine bekommen. Angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, die seit 1983 eine Berufsausbildung begonnen haben und nun auf den Arbeitsmarkt drängen, sind zusätzliche Anstrengungen notwendig.

— Immer mehr Jugendliche wollen in einem selbständigen Beruf Bestätigung und Erfüllung finden. Unsere Wirtschaft ist auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen; dies gilt für Arbeitnehmer ebenso wie für Unternehmer. Der Wille zur Selbständigkeit und die Bereitschaft junger Menschen, Risiko zu übernehmen, wird durch unsere Förderungspolitik für Existenzgründungen unterstützt.

— Wir brauchen und wollen die Mitarbeit der Jugend. Denn ihre Phantasie und Kreativität, ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit und die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte, ihr Idealismus sind unverzichtbar, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. An lohnenden Zielen fehlt es nicht.

— Die Jugend hat ein Anrecht auf die solidarische Hilfe der älteren Generation. Sie hat aber auch die Pflicht, Aufgaben zu übernehmen und unsere Gesellschaft verant-

wortlich mitzugestalten. Schule, außerschulische Jugendbildung, die Arbeit der Jugendverbände sollen in besonderer Weise dieses Verantwortungsbewußtsein wecken und stärken.

— Unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ist es wert, verteidigt zu werden. Die allgemeine Wehrpflicht ist für unsere Verteidigung unerläßlich. Durch ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit wollen wir die Bereitschaft der jungen Menschen zu diesem Dienst stärken. Hierzu streben wir eine deutliche Besserstellung der wehrpflichtigen Soldaten an. Wir respektieren die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und erkennen die Leistungen der Zivildienstleistenden für unsere Gesellschaft an.

Unsere Gesellschaft ist gleichermaßen angewiesen auf die Lebenserfahrungen der Älteren und die zupackende Mitarbeit der jungen Generation. Zu dieser Mitarbeit für unser Land und seine Menschen fordern wir die Jugend auf.

25. Wir fördern Bildung und Kultur als Grundlage menschlicher Selbstentfaltung

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der alle Generationen und Menschen mit unterschiedlichen geistig-seelischen und körperlichen Voraussetzungen einander achten und unterstützen. Unser besonderes Anliegen ist die Integration und Förderung der Behinderten und Benachteiligten.

Das Bildungswesen trägt zum sozialen Ausgleich bei, indem es Menschen jeder Herkunft und sozialen Zugehörigkeit möglichst früh die besten Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Bildungspolitik kann und soll soziale Sperren wegräumen oder abmildern; sie kann aber dort keinen Erfolg gewährleisten, wo der Leistungswille fehlt. Jede Begabung ist für die Entwicklung der Einzelpersönlichkeit wichtig, sie ist aber zugleich auch eine Verpflichtung für die Gemeinschaft. Unser Land braucht die Vielfalt der Begabungen in allen Bereichen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit, den Forscher ebenso wie den Facharbeiter.

Die Schule muß der Entfaltung, Bildung und Erziehung der ganzen Persönlichkeit dienen; sie darf sich nicht nur auf die Vermittlung von Fachwissen beschränken. Bildung muß die Erziehung zur sozialen Bindungs- und Verantwortungsfähigkeit leisten, Einblicke in die Gesetzmäßigkeiten der verschiedenen Wissens- und Lebensbereiche ermöglichen, die Bedeutung der Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens und die Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie vermitteln. Entsprechend sind die Lehrpläne zu gestalten und ist die Zulassung von Schulbüchern zu regeln. Der Unterricht soll grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten der Allgemeinbildung vermitteln und alle Begabungen — die theoretischen wie die praktischen und musisch-kreativen — fördern und entwickeln.

Eine moderne Allgemeinbildung soll auch eine informationstechnische Grundbildung vermitteln. Diese soll die Chancen der neuen Techniken deutlich ins Bewußtsein der Jugendlichen rücken, ohne die jeweiligen Risiken zu verharmlosen. Mädchen müssen genauso wie Jungen ein Grundverständnis der neuen Technologien erwerben, weil diese Kenntnisse in Zukunft für die meisten beruflichen Tä-

tigkeiten von großem Wert sein werden.

Die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen hat wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft. Alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen sind deshalb zu nutzen. Bei der anwendungsbezogenen Forschung werden wir die rasche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Industrie nachhaltig verbessern.

Wir werden eine Ausweitung der Numerus-clausus-Fächer verhindern. Die wissenschaftlich besonders Befähigten müssen auf allen Stufen des Studiums gefördert werden. Wir setzen uns für die Förderung von Hochbegabten ein. CDU und CSU begrüßen die Gründung privater Hochschulen.

Angesichts der fortschreitenden Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft sind Weiterbildungsangebote im persönlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und beruflichen Bereich, die die erworbenen Kenntnisse erweitern und vertiefen, besonders wichtig. Wir fordern die Tarifpartner auf, Fragen der Weiterbildung in tariflichen Vereinbarungen stärker zu berücksichtigen. Auch staatliche und öffentlich-rechtliche Institutionen müssen der Weiterbildung große Aufmerksamkeit schenken.

Einem breit gefächerten Angebot an kulturellen, schulischen, wissenschaftlichen und sportlichen Einrichtungen kommt auch für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung, beispielsweise bei Standortentscheidungen, wachsendes Gewicht zu.

Unser Land hat eine lange und große Tradition privater und öffentlicher Theater und Orchester. Dem Theater kommt bei der Schaffung eines gemeinsamen Wertebewußtseins in der Gesellschaft eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Bei der Förderung der darstellenden Kunst werden wir besonders darauf achten, daß die Theaterlandschaft außerhalb der großen Städte nicht verödet.

Museen, Denkmäler und Zeugnisse der Vergangenheit finden in der Bevölkerung ein steigendes Interesse. Sie können dazu beitragen, die kulturellen, geistigen und politischen Wurzeln unseres Landes besser zu verstehen.

Unsere Politik soll dazu beitragen, daß die Menschen einen Zugang zu Kunst und Kultur finden können. Das kulturelle Leben ist ein wichtiger Gradmesser für die Freiheit und den geistigen Reichtum unseres Gemeinwesens. Kulturelle Vielfalt und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten müssen bewahrt und gefördert werden. Dies ist auch deshalb besonders wichtig, weil der Anteil der erwerbsfreien Zeit auch künftig weiter zunehmen wird. Bei der sinnvollen Gestaltung der Freizeit kommt dem Sport große Bedeutung zu.

Im Spiel entfaltet der Mensch Fähigkeiten, die in der oft einseitig zweckgerichteten Arbeitswelt zu wenig gefragt sind. Wir wollen deshalb, daß das sportliche und musische Angebot vergrößert wird, so daß noch mehr Menschen davon Gebrauch machen können.

WAHLAUFRUF

Die Bundesrepublik Deutschland steht an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Die Bundestagwahl am 25. Januar 1987 ist deshalb eine Wahl von großer Tragweite für die Zukunft unseres Landes, deren Bedeutung weit über eine Legislaturperiode hinausreicht.

CDU und CSU haben sich in Zeiten großer Herausforderungen und Schwierigkeiten bewährt. Wir haben die Bundesrepublik Deutschland 1949 und 1983 aus schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen herausgeführt und ein solides Fundament für eine gute Zukunft geschaffen. CDU und CSU sind die Parteien der Zukunftsgestaltung.

Wir wollen gemeinsam mit den Bürgern unseres Landes die wirtschaftlichen Grundlagen festigen, die soziale Sicherung bewahren, unsere Umwelt schützen, die Freiheit nach innen und außen sichern und den Frieden erhalten. Wir wollen, daß unser Land ein moderner, leistungsfähiger und menschlicher Industriestaat bleibt.

Vor uns liegen große Aufgaben. Deshalb braucht die Bundesrepublik Deutschland eine stabile parlamentarische Mehrheit und eine handlungsfähige Regierung. Die Regierung Helmut Kohl muß bleiben. Zu ihr gibt es keine Alternative.

Die CDU mit Helmut Kohl und die CSU mit Franz Josef Strauß haben einen neuen Anfang gemacht. Unser Land ist auf einem guten Weg. Wir wollen, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Darum bitten wir die Bürger um ihre Stimme. Deshalb rufen wir alle Deutschen auf: Geben Sie Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme CDU und CSU.

WEITER SO, DEUTSCHLAND

JA! Ich interessiere mich für weitere Informationen!
Bitte schicken Sie mir Materialien zu folgenden Themen:

- ○ Das Zukunftsmanifest der CDU
- ○ Wahlprogramm der CDU/CSU
- ○ Wirtschaftspolitik
- ○ Familienpolitik
- ○ Umwelt
- ○ Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik
- ○ Innenpolitik
- ○ Sozialpolitik
- ○ Agrarpolitik
- ○ Energiepolitik
- ○ 20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl
- ○ 20 Minuspunkte der SPD
- ○ SPD

Einzelexemplare können bestellt werden bei:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Meine Anschrift lautet:

Name _____

Straße _____

Ort _____

_____
Datum Unterschrift

Herausgeber. CDU-Bundesgeschäftsstelle · Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit · Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1
Druck: Kollen Druck & Verlag GmbH, Bonn · 50/126 · 3946